Trotzkisten wollte mit Sächsischem am 1. August demonstrieren!

„Gegen die imperialistische Kriegsgefahr."

Die Welt ist um ein erbauliches Schauspiel gekommen: Die KPD. Groß-Berlin wollte am dreizehnten Jahrestage des Weltkriegsausbruches mit der — Sozialdemokratie, mit der verbrecherischen Partei des 4. August 1914, gegen den imperialistischen Krieg demonstrieren!

Das klingt schier unglaublich, ist aber in der „Roten Fahne" vom 29. Juli schwarz auf weiß zu lesen. Dort sind folgende, am 25. Juli abgeschickte Schreibbriefe der Berliner KPD.-Bezirksleitung veröffentlicht:

An
den Bezirksvorstand der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Berlin.

Werte Genossen!

Aus der Sonntagsausgabe des „Vorwärts" ersehen wir, daß die Berliner SPD.-Organisation zu einer Demonstration gegen Krieg und Kriegsgefahr, für Frieden und Sozialismus am 1. August auf dem Wittenbergplatz auffordert.

Die Berliner Organisation der KPD. hat schon seit Wochen (vergleiche „Rote Fahne" vom 13. und 15. Juli, und vom Sonntag, den 24. Juli) zu einer Demonstration am 4. August im Lustgarten unter den Losungen: Kampf gegen den imperialistischen Krieg und Verteidigung der Sowjetunion aufgerufen. Eine ganze Anzahl von Betriebsbetriebsräten haben bereits zur Aufforderung der KPD. ihre Zustimmung erklärt, entsprechende Resolutionen gefaßt und auch vom ADGB. gefordert, Schritte zu unternehmen, um die beiden politischen Organisationen zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen die imperialistische Kriegsgefahr zu veranlassen.

Wir wandten uns daher an Euch mit dem Vorschlage einer gemeinsamen Demonstration. Da die Zeit eilt, schlagen wir eine gemeinsame Besprechung vor und bitten, uns auch spätestens bis Donnerstag, nachmittag 6 Uhr, eine Antwort zu erteilen.

Mit proletarischem Gruß!
Bezirksleitung Berlin-Brandenb.-Lausitz KPD.

An den Ortsausschuß des
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Berlin.

Anbei übermitteln wir Euch Kopie unseres Schreibens an die Berliner Bezirksorganisation der SPD. mit der Bitte, unseren Vorschlag zu unterstützen und Euch an der von uns beantragten gemeinsamen Besprechung zu beteiligen.

Wir bitten auch, aus den im Schreiben an die SPD. genannten Gründen uns bis Dienstag, nachmittag 6 Uhr, eine Antwort zukommen zu lassen.

Mit proletarischem Gruß!
Bezirksleitung Berlin-Brandenb.-Lausitz KPD.

Die Berliner SPD.- und Gewerkschaftsbonzen haben natürlich das Angebot der KPD. dankend abgelehnt. Sie wollten sich mit ihrer ohnehin paradoxen „Antikriegsdemonstration" am 1. August nicht noch lächerlicher machen durch einen gemeinsamen Aufmarsch mit jener Partei, die ohne das Bündnis mit der sozialdemokratischen Agenten Chamberlains ein lebendes Zeichen ist.

Ueber die Absage der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Führer waren die leninistischen Strategen natürlich sehr erbost. Das ist durchaus begreiflich. Es wäre doch wirklich ein Schauspiel für Götter gewesen, wenn die reformistischen Verteidiger des Vaterlandes der deutschen Kapitalistenklasse am 4. August gemeinsam mit den leninistischen Verteidigern des Vaterlandes der russischen NEP.-Bourgeoisie „gegen den Krieg" demonstriert hätten, wenn die sozialdemokratischen Feldwebel des deutschen Imperialismus mit den KPD.-Unteroffizieren der russischen Kulakenarmee zum Lustgarten marschiert wären. Und als Hauptredner Scheidemann und Thälmann, einander die Hände drückend. . . „ein einig' Volk von Brüdern".

Diesmal ist diese „revolutionäre Kampffront" leider nicht zustande gekommen. Vielleicht klappt es an einem anderen 4. August. Und vielleicht kommt Teddy Thälmann das nächste Mal schon die Erleuchtung, daß die „KPD." mit — Chamberlain ebenso „gegen die imperialistische Kriegsgefahr" „demonstrieren" kann, wie mit den Scheidemännern. Denn in der „Roten Fahne" steht doch jeden Tag, daß die sozialdemokratischen Führer wirklich nur die Agenten Chamberlains sind. . .

Aber im Ernst: daß die KPD.-Führer es für möglich halten, mit der Partei des 4. August 1914 gegen die Politik des 4. August demonstrieren zu können, dies ist der drastische Beweis, daß die Leninisten den Liebknecht-Luxemburg'schen Boden der konsequenten Ablehnung des imperialistischen Krieg und seiner sozialdemokratischen Schrittmacher schon längst verlassen haben!

„Rot Front"

Spandauer RFB.-Mann schlitzt Schupo vor Schlägen.

Wie das Gift der Einheitsfront-Taktik im RFB. wirkt, zeigt folgender Vorfall:

Durch irgendwelche Ursachen war der Wirt des Potsdamer Str., Ecke Charlottenstr., gelegenen Lokals mit einem Arbeiter-Gast in Streit geraten. Dabei mußte der Wirt einige Male zu Boden gehen. Das Kampfield war bald von Neugierigen umstanden, dieser Auflauf veranlaßte einen Ordnungswächter zum Eingreifen. Der Prolet jedoch, nebenbei bemerkt war dieser vollkommen nüchtern, sattte diese republikanische Zierpflanze auch auf die Erde. Ein Oberaufseher in Gestalt eines Polizei-Offiziers nahte und spornte den Schupo zu neuen Taten an mit den Worten: „Kerl, seien Sie doch nicht so schlapp." Der besagte staatlich angestellte „Kull" versuchte auch noch einmal gegen seinen Partner auszuladen. Die Wirkung war gleich Null. Eine andere Wirkung jedoch trat ein: Aus dem Kreis der Gaffenden stürzte der RFB.-Mann Willi Möchter hervor, packte den Klassengenossen Oberrackwitz und rettete den Schupo vor weiteren Schlägen. So war der Mann gebrochen, und eine Horde bisher mutig zuschauender Plattbürger schleiften im Verein mit den Büttelin den Proleten zur Wehr. Er wurde buchstäblich durch die Gosse geschleift.

Der KPD.-Mann, der nun wohl zumindestens die Unteroffizier-Schale vom „Roten Generalstab bekommen wird, meinte auf Vorhaltungen empörter Proleten: „Seht mal, der kleine Schupo tat mir so leid".

Dies alles hat natürlich bei Bekanntwerden bei Spandauer RFB.-Genossen Zorn erregt. Solange jedoch, wie sich selbiger nur gegen den Richter wendet, haben die Genossen nicht die wahre Ursache solch unproletarischen Handelns erfaßt. Er handelt nur korrektrichtig nach den Instruktionen, die ihm seine „Vorgesetzten" gaben.

Ihm wie euch allen wird von den Leitern eures eingetragenen Vereins dauernd die Ordnungsbestie als „Bruder" im Waffenrock hingestellt, der sich nur „hin und wieder" (siehe Wien usw.) im Blutrausch satt trinkt an Arbeiterblut. Wenn eure Parlamentsfratzen für bessere Bezahlung der Schupo eintreten, die Reichswehr als Oberkommando für euch ausersehen (siehe Ostsachsen) kann man es einem einfachen Nichtsteigerweihten einmal nicht besonders übel nehmen, wenn er einem solchen „Bruder" liebend gern gegen einen Arbeiter unter die Arme greift.

Ruhig und offen sagen wir euch: An den Früchten sollt auch an der Politik eurer Führer erkennen. Die Revolution verlangt keinen eingedrillten Uniform-Maschinen, sondern unbedingte Solidarität.

Verlaßt diese Organisation, die euch zu Kameraden der Reichswehr und Schupo machen will. Zerstampft diese Dunkelkammer wie in der letzten „Roten Front", die euch bescheinigen, daß ihr in Ostsachsen mit den Gummiknüppeln zusammen dem Staat das Geld für die Rettungsaktion eingescharrt habt, für das man dann neue Maschinengewehre baut. Kommt zu euren Klassengenossen der KAP. und AAU.

Leninistische Leichenschändung

An den proletarischen Opfern von Wien!

Am 15. Juli stiegen die Wiener Proletarier auf die Barrikaden. Drei Tage lang rüttelten sie an ihren Sklavenketten, drei Tage lang veranstaltete die gewerkschaftlich organisierte Polizei wie zaristische Kosaken bestialische Treibjagden auf die Rebellen Wiens.

So aussichtslos, auch der Wiener Julisturm war, so gewiß auch die blutige Niederlage der noch im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Eisen gefangenen österreichischen Arbeiter von vornherein war. — die Herzen aller klassenbewußten Proletarier Europas fühlten mit ihnen, der internationale Vortrupp der sozialistischen Revolution stand im Geiste bei den Wiener Barrikadenkämpfern.

Aber die überlebenden Julikämpfer von Wien sollen auch wissen, welches schmierige Geschäft eine deutsche sogenannte „revolutionäre Arbeiterzeitung" gleichzeitig mit ihren Toten trieb!

Es war am 19. Juli. Die proletarischen Opfer von Wien waren noch nicht begraben, in den Spitälern rangen noch schwerverletzte Arbeiter mit dem Tode. Und angesichts dieser über 100 offenen Arbeitersärge besaß das KPD.-Organ für den Regierungsbezirk Aachen, die „Arbeiter-Zeitung" Nr. 167 vom 19. 7. die Schamlosigkeit, auf ihrer letzten Seite das folgende ganzseitige Inserat zu bringen:

Aufruhr in Wien!
Eschweiler und Umgebung in voller Aufregung!

Kopflos, ratlos, mit Sorgen belastet, laufen diejenigen herum, welche noch einige Mark besitzen, und fragen was? und wo? sollen wir kaufen, um wirklich etwas zu sparen!

Man sieht bei den Ausverkäufen so manches Schöne, Anjockende, für das Auge und mancher Käufer greift schnell, ohne Ueberlegung zu Gegenständen, welche nach reiflicher Ueberlegung für ihn doch wertlos sind.

Deshalb rate ich meinen werten Kunden, nicht dem Regenbogen nachzurennen, denn sie erreichen ihn doch nicht!

Ueberlegen Sie mit Ruhe, ohne Ueberstürzung, was das Zweckmäßigste und Praktischste für Sie ist, und dann kommen Sie zu mir und decken Sie Ihren Bedarf in gediegenen Gegenständen ein, zu wirklich niedrigen Preisen! Weil es
nur einen Altberger gibt
in Deutschland, welcher Euch wirklich gute Ware, zu äußerst kalkulierten Preisen verkauft.

Riesen-Auswahl
in allen von uns geführten Artikeln.
Der weiteste Weg lohnt sich, bis:
L. Altberger,
Eschweiler, Markt 17—21—22 Eschweiler.

Das ist kein grausamer Scherz, kein „antibolschewistischer Schwindel", sondern Wort für Wort nackte Wahrheit. (Die betreffende Nummer der genannten KPD.-Zeitung ist im Besitze der Redaktion der „KAZ." und kann auf Verlangen proletarischer Interessenten in der Arbeiter-Buchhandlung, Berlin SO., Lausitzer Platz 13, öffentlich ausgehangen werden.)

Die Schamlosigkeit der Aachener KPD.-Bonzen erscheint aber erst im rechten Lichte, wenn man folgendes bedenkt:

Auf der ersten Seite fordern die bolschewistische „Arbeiter-Zeitung" zum vierstündigen Streik am Beerdigungstage der Wiener Opfer auf — und auf der vierten Seite prangt in großen Lettern die obige Geschäftsreklame schmutzigster Art!!

Für etwa 100 Silberlinge verschachert also die Aachener KPD. die Arbeitersache an die Profitsphären des Handelskapitals, wie weiland Judas Ischariot seinen Lehrer und Meister an die römischen Christenhenker verriet! So „ehren" KPD.-Führer die Toten des proletarischen Klassenkampfes!

Arbeiter der KPD., begreift endlich: Ihr seid in einer Partei der Leichenschänder, ihr laßt euch von euren Bonzen in eine Einheitsfront mit der Konterrevolution führen!

Ein lauter Witz

Die „Inprekor", das Presseorgan des Ekki, berichtet in ihrer Nummer 76 vom 29. Juli 1927:

Moskau, 26. Juli.

Die „Prawda" (das Organ Bucharins. D. Red.) hebt in einem Artikel zur Entwicklung in China folgendes hervor:

Die Krise der Kuo Min Tang stellte bereits eine neue Frage: Die der Sowjets. Die Kommunisten müssen unverzüglich die Propaganda der Idee der Rätebildung einleiten, um in dem Falle, als der Kampf um die Eroberung der Kuo Min Tang erfolglos bleiben sollte, die Massen im Laufe der weiteren Entwicklung der Revolution zur Organisierung der Räte aufzurufen. Die Räte müssen dann als die Organe der werktätigen Massen den Organisationen der Bourgeoisie entgegengestellt werden. Die Parole der Bildung der Räte ist von nun ab richtig. Doch war sie früher, als sich die Revolution in einer anderen Phase befand, nicht richtig. Die ehemaligen Anhänger der unverzüglichen Bildung der Sowjets bemühten sich, den Kampf um die Eroberung der Massen innerhalb der Kuo Min Tang einfach zu ersetzen durch den Austritt aus der Kuo Min Tang, wozu sie den Kommunisten riten, und durch die bloße Proklamierung der neuen Parole. Sie wollten die Massen dazu zwingen, Etappen zu überspringen, die von der Massenbewegung noch nicht durchschritten worden waren.

Vorsichtiger drückt sich in einem Artikel Stalin aus, der die Propagierung der Räte erst dann zulassen will, wenn sich endgültig erwiesen habe, daß die „Eroberung und Revolutionierung" der Kuo Min Tang unmöglich sei.

Der Beweis hierfür ist nach Stalin trotz Tschiangkaischek und des 1000 der von der Kuo Min Tang ermordeten Proletarier bis heute noch nicht erbracht.

Die Unverschämtheit der Stalin und Bucharin und die Lammsgeduld ihrer Anhänger kennt wahrlich keine Grenzen.

Noch vor einer Woche war die Losung der Räte falsch, selbst in der halbmenschewistischen Form, in der sie von den Trotzki, Sinowjew und Radek für die chinesische Revolution aufgestellt wurde. Nun, da das Proletariat zunächst geschlagen ist, wird diese Losung nach Bucharin richtig den jetzt ist sie auch der Ansicht dieses Burschen nicht mehr aktuell und gefährlich!

Pfui Teufel!!

Neue Hinauswürfe aus der KPD.

In Leipzig ist Genosse Tischendorf von der EL. aus dem Stalintempel, genannt KPD., ausgeschlossen worden.

Die Reichstagsabgeordneten Bohla und Vierrath haben ihren Austritt aus der Granatenpartei erklärt.

Die Fraktion der Ausgetretenen ist jetzt 15 Mann stark, die KPD.-Fraktion selbst noch 30.

Ueber die Ausschlüsse im Leipziger RFB. berichteten wir in der vorigen Nummer.

Ein letzter Versuch

Im „Ruhr-Echo" vom 22. 7. 27 findet sich folgende schmutzige Notiz:

„Das Unternehmertum bezahlt seinen Lakai.

Uns wird geschrieben: Mit größtem Interesse beobachtet das Unternehmertum die Spaltungsarbeit gewisser Leute, die ihre Aufgabe darin erblicken, die KPD. und die revolutionäre Bewegung zu zersplittern und zu schwächen. Uns wird mitgeteilt, daß der Obersteiger der Zeche Bergmannsglück dem Betriebsrat schmunzelnd die von Schymszak gegen die KPD. herausgegebenen Flugblätter vorgelegt habe.

Schymszak hat jetzt seinen Lohn vom Unternehmertum erhalten. Während alle aufrechten Klassenkämpfer und insbesondere die Kommunisten aus den Betrieben herauffliegen, hat eben dieser Schymszak auf Bergmannsglück Arbeit bekommen.

Das Unternehmertum zeigt sich seinen Helfern gegenüber erkenntlich. Hell und Sieg! Die Arbeiterschaft möge diese Tatsache zur Kenntnis nehmen. Wir registrieren sie."

Man muß wirklich über die Frechheit dieses Schmierfinken staunen. Diese Herrschaften tun fast so, als wenn Schymszak, trotzdem er Angestellter des „Ruhr-Echos" war, nur deshalb aus seiner oppositionellen Gesinnung gegenüber der opportunistischen Komintern keinen Hehl machte, um wieder als einfacher Kumpel im Schacht arbeiten zu dürfen. Man sagt: „Das Unternehmertum bezahlt seinen Lakai," wenn der Genosse Schymszak als Ausbeutungsobjekt zugelassen wird. Das Unternehmertum kann sich das leisten, solange seine Trabanten, die SPD.- und KPD.-Betriebsräte, noch das Feld beherrschen, die jetzt im trauten Verein daran sind, einen aufrechten Kämpfer das Genick zu brechen. Bis sie sich allesamt einmal verrechnet haben!

Das „Ruhr-Echo" möge nur so weiter fortfahren, es pfeift schon aus dem letzten Loch. Knechtselige Soldschreiber verleumden ehrliche Kämpfer, die den Weg zur KAPD. gefunden haben. Wir hängen diese Schurkerei niedriger. Pfui Teufel!

Aus der Bewegung

Halle

Ruth Fischer auf dem Antikriegsplatz.

Die „linken Kommunisten" Halles hatten zu einer Antikriegskundgebung am 1. August im großen Volksparksaal aufgefordert. Als Referenten hatten sie sich die beiden Paradepferde der Gruppe Urbahns und Ruth Fischer verschrieben, welche über das Thema: Von einem zweiten Weltkrieg, sprechen sollten. Obwohl die ekkitreuen Lokalbonzen im Klassenkampf vom 1. August die Vertreter der Konkurrenzfirma nach Kräften beschimpft und die hallische Arbeiterschaft zum Fernbleiben aufgefordert hatten, war die Veranstaltung gut besucht.

Von den Referenten war nur die KPD.-Göttin im Wartestand Ruth Fischer, erschienen, da angeblich Urbahns erkrankt sein sollte. Ihre Ausführungen waren ein Musterbeispiel für die gedanklichen Plattheiten und zentrische Verlogenheit ihrer Gruppe, indem sie mit Floskeln über den technischen Charakter des kommenden Krieges allen prinzipiellen Fragestellungen aus dem Wege ging. Nach ihrer Ansicht kann der nächste Krieg nur eine bewaffnete Auseinandersetzung der imperialistischen Staaten, geführt von England, mit dem „Arbeiterstaat Sowjetrußland" sein. In diesem Kriege könne selbstverständlich die deutsche Bourgeoisie nicht neutral bleiben, weil Imperialist und Kapitalist immer verbündet seien. Deshalb müßte das internationale Proletariat die Sowjetunion schützen. Die Einstellung Ruth Fischers und ihrer Freunde zu Sowjetrußland ist etwa folgende: Die Sowjetunion ist der einzige Arbeiterstaat und nach wie vor der Staat der Weltrevolution. Aber in der Regierung und der Führung der Komintern befinden sich abtrünnige „Führer", während die zwei „Führer" Sinowjew, Trotzki, Ruth Fischer etc. davon ausgeschlossen sind. Dagegen richtet sich der „Kampf" dieser Auch-Opposition.

Die Ruthenen sind sich mit den Stalin, Bucharin und Konsorten darin völlig einig, daß der russischen und internationalen Bourgeoisie Zugeständnisse gemacht werden müssen, sie streiten sich nur um das Was dieser Zugeständnisse. Als notwendig zur Bekämpfung der Kriegsgefahr ist nach ihrer Meinung die Schaffung einer wahrhaft einheitlichen, wahrhaft leninischen Kommunistischen Partei, und so hofft Ruth auf ihren Wiedereintritt in die KPD.

In der Diskussion, deren Redezeit auf 10 Minuten beschränkt war, nahmen vier KAP.-Genossen Stellung zum Referat der Ruth Fischer. Sie wiesen darauf hin, daß Ruth keine Antwort auf die Frage, wie sich das Proletariat zum kommenden Krieg zu verhalten hat, gegeben habe. Sie analysierten den Klassencharakter der Sowjetunion und zeigten so die Wurzeln der verrätterischen Politik der Komintern auf, deren ideologischer Ausdruck die Bucharinsche Vaterlandsverteidigungs- und Kriegsbündnistheorie ist, und die sich praktisch in den Handelsverträgen und den Granatenlieferungen äußert. Ruth Fischer vermeidet in ihrem Schlußwort wohlweislich, auf all diese Fragen einzugehen.

Mitteilungen

Wellenicks.
Sonntag, den 21. August 1927,
Bezirkskonferenz der AAU.
im Pichelsteiner Krug, Naumburger Straße.

Groß-Berlin

Die nächste Sitzung der Bezirksführer-Zentrale findet am Dienstag, den 9. August 1927, abends 7,30 Uhr, im Lokal Königs, Langestraße 52, statt.

Achtung! 17. Bezirk, Lichtenberg.
Am Freitag, den 12. August, abends 8 Uhr, pünktlich, Mitgliederversammlung im Lokal Bartsch, Neue Bahnhofstr. 20. Vortrag über: Unsere Stellung zum Parlamentarismus.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sala, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Izzdonat, Berlin O 17.

8. Jahrg. Nr 61

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

August 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal
Inserate werden nicht aufgenommen.

Sacco und Vanzetti

Und der Sacco und Vanzetti-Rummel

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, ist vielleicht das Schicksal Saccos und Vanzettis bereits entschieden. Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse, jenes gigantische Ringen gegen eine bluttriefende Ordnung, der allein die kapitalistische Justizia von ihrem Sockel stürzen kann, legt den Kommunisten auch hier die Pflicht auf, jede konterrevolutionäre Sentimentalität zu bekämpfen, jenes „Weltgewissen" zu entlarven, und all jenen Aposteln die Maske vom Gesicht zu reißen, deren Spekulation die Sentimentalität satter Spießer zum Ziele hat, um im Nebel der kapitalistischen „Menschlichkeit" ihre schmutzigen Geschäfte zu besorgen. In der Maske des „Weltgewissens" den „Fall" Sacco und Vanzetti zu benützen, um gegen das gesamte Proletariat eine großangelegte Verdummungsoffensive durchzuführen.

Eine nette Gesellschaft fürwahr, die sich da zusammengefunden hat, und mit der das revolutionäre Proletariat immer und in jeder Situation eine Gemeinschaft ablehnen muß. Die amerikanische Justiz bringt ihre schweren Geschütze in Stellung. Im Lande der auf die Spitze getriebenen Demokratie, die zur Eroberung der Herrschaft über den ganzen Erdball rüstet, wächst der Feind dieser Demokratie, ihr Todfeind, die Arbeiterklasse zu einem immer drohender werdenden Gegenspieler auf. Denn trotz aller Chancen, die der amerikanische Kapitalismus in seinem Kampfe gegen die Arbeiterklasse vorfindet und ausnützt: Rassengegensätze, Sprachenverschiedenheiten, Bestechung der Arbeiteraristokratie durch höhere Löhne auf Kosten der unteren und untersten Schichten infolge der Ueberlegenheit seiner Konkurrenz als Gläubiger der Welt: die Revolution der Produktivkräfte reißt unerbittlich den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf und erweitert ihn. Diese Verschärfung der Klassengegensätze und die daraus entbrennenden Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit fressen an den nationalen — und Rassenvorurteilen und schaffen die Grundlagen proletarischer Solidarität im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, Amerika — das ist nicht nur bezüglich der kapitalistischen „Errungenschaften" das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten", sondern es eröffnet diese auch für die unausbleiblichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, und zwar aus denselben Bedingungen. Die amerikanische Bourgeoisie sieht diese Gefahren und rüstet. Der Riese soll rechtzeitig geistig kastriert, der geistigen Emanzipation dadurch begegnet werden, daß man der Hydra der Revolution jeden Kopf rechtzeitig abschlägt, der von neuem hochwächst. Die damit bezweckte Nebenwirkung ist der Versuch der Einschüchterung des erwachenden Proletariats. Die Methode, um die revolutionären Elemente zu infamieren, die der agents provokateur durch die Bombenattentate, die von der Polizei ausgeführt werden. Alle Anzeichen deuten dafür, daß die Empörung der Arbeitermassen, die durch die Hinschlachtung Saccos und Vanzettis hervorbrechen muß, die direkt gewollte Gelegenheit herbeiführen soll, um mit einem Schlage so viele Sacco und Vanzetti zu erledigen, wie irgend möglich.

Die Sozialdemokraten aller Länder sind entsteilt von Rotzblasen des Mitleids, die die Revolte ihres Gewissens an ihre von Menschenfreundlichkeit überfließende Fratze treibt. Die Tausende und Abertausende von Sacco und Vanzettis, die sie im Kriege dem Moloch Kapitalismus opferten, die Tausende, die unter dem Kommando Noskes, unter der Regierungsherrlichkeit Ebert, Scheidemann, Wels, Hörsing, Severing unter dem Rasen der Republik modern oder in den Zuchthäusern verreckten und noch verrecken, — sie sollen gerade mit diesem sozialdemokratischen Mitleid hübsch zugedeckt, unvergessen gemacht werden. Die Hunderte revolutionärer Arbeiter in Oesterreich, die dem weißen Terror anläßlich des Sturmes der Empörung auf die kapitalistische „Gerechtigkeit" zum Opfer fallen, liefert die Menschenfreundlichkeit der Sozialdemokratie dem Henker aus unter der ausdrücklichen Stichmarke: Verbrecher. Die bürgerliche Pressemeute zieht alle Register, um nachzuweisen, wie groß der Unterschied zwischen den „modernen Demokratien" und ihrer Justiz, und der Borniertheit des sonst vorbildlichen Amerika ist. In diesem Konzert fehlt selbst das faschistische Italien nicht, daß für seine „Landsleute" eine Lanze bricht, weil dem Imperialismus eben jedes Mittelchen recht ist, um den Gegensatz mit dem anderen imperialistischen Räuber mit einem menschenfreundlichen Gestank zu umhüllen. Die III. Internationale, die alle revolutionären Arbeiter als „Agenten Chamberlains" beschimpft, sie in Rußland selbst der Geißel der Arbeitslosigkeit überantwortet und der Tscheka ausliefert, versucht den Protest aller anderen zu übertreffen. Sie braucht den „Fall" sehr notwendig, um abzulenken von der „revolutionären Kuomintang", die fürchterliche Ernte hält unter den revolutionären Arbeitern, die Moskau durch seine konterrevolutionäre Chinapolitik dem chinesischen Faschismus vor das Henkerbeil trieb. Die revolutionären Arbeiter der Welt dürfen ihre Solidarität mit ihren vom Tode bedrohten Genossen nicht mißbrauchen lassen, um den Aposteln der Konterrevolution und der ideologischen Verdummung der Arbeiterklasse die Gelegenheit zu geben, ihre eigenen Verbrechen zu beschönigen, um durch neu erschlichenes. Vertrauen ihr konterrevolutionäres Handwerk um so besser fortsetzen zu können.

Wenn die amerikanische Henkerjustiz ihre wahrhaft „glorreiche" Tätigkeit bis heute nicht damit krönt, daß sie Sacco und Vanzetti auf den elektrischen Stuhl schleppt, so tut sie das nicht deswegen, weil sie das Proletariat fürchtet. Diese Einheitsfront des „Weltgewissens" würde sofort zu einer verderbenbringenden Falle werden, wenn die Arbeiter Amerikas auf diese Provokation antworten würden mit der proletarischen Aktion. Und nur die Arbeiter Amerikas können das Signal geben. Dann würde die ganze Meute herfallen über all jene, die sich mit ihren Brüdern durch die Tat solidarisieren. Wenn die amerikanische Henkerjustiz sich „erweichen" läßt, so nur deswegen, weil sie sich die Erfahrungen der Bourgeoisie zu eigen macht, die die Mittel der politischen Verdummung durch die Demokratie mit Erfolg anwandte, weil sie die ideologische Vergiftung des Proletariats durch demokratische Phrasen für zweckdienlicher zur Niederhaltung hält, wie die Provokation des Proletariats.

Um die Grundlagen und die Voraussetzungen für den endlichen Sieg der Arbeiterklasse zu schaffen, ist notwendig, daß das Proletariat begreift, daß während es sich in einen Sacco- und Vanzetti-Rummel stürzen läßt, der allen Schurken am Proletariat erlaubt, ihre schmutzigen Geschäfte zu betreiben, jeden Tag Tausende anderer Kämpfer in allen Ländern von der kapitalistischen Menschlichkeit erledigt werden. Dieser Kampf, der noch viele der Besten des Proletariats verschlingen wird, kann nur abgekürzt, die Opfer, die das Proletariat noch bringen muß, nur auf ein Mindestmaß reduziert werden, wenn das Proletariat erkennt, daß es in seinem Kampfe allein steht. Diese Erkenntnis wird ihm die geistige Klarheit und damit die Kraft geben, mit den alten utopistischen Anschauungen von Menschenfreundlichkeit zu brechen, den Methoden einer verderbenbringenden sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Politik zu entsagen, die die Ohnmacht des Proletariats verkörpert und immer neu produziert, — und es befähigen die Basis zu errichten, auf der die proletarische Weltsolidarität und -aktion aufwachsen kann, unter deren Schlägen allein die Throne der kapitalistischen Klassenherrschaft zum Wanken gebracht, endlich stürzen, und die eiserne Diktatur des kampferfahrenen Proletariats das Recht der Menschheit verkündet.

Das Reichsschulgesetz

Das von der Weimarer Verfassung vorgesehene Reichsschulgesetz ist von der Reichsregierung fertiggestellt worden. Es soll im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden.

Darob tobt im sozialdemokratischen wie bolschewistischen Blätterwalde ein großes Geschrei. Die Menschewisten aller Sorten sind froh, wieder einmal eine Parole gefunden zu haben; mit der sie die Proleten von ihrer Notlage und besonders von einer revolutionären Massenaktion wie in Wien ablenken können. Die Einheitsfront der deutschen Sozialdemokraten bereitet sich vor, die große „parlamentarische Herbstschlacht" um das Schulgesetz würdig zu bestehen. Gilt es doch, die Massen für den kommenden Reichstagswahlkampf vorzubereiten.

Wenn man die Sozialdemokraten und die mit ihnen aufgeregten Bolschewisten hört, so glaubt man, es sei Wunder was geschehen. Für diejenigen, die im tiefsten Grunde ihres Herzens an den „Volksblock" und die Demokratie glauben, mag der Entwurf und sein Inhalt überraschend gekommen sein. Nicht so für den revolutionären Marxisten. Ihm ist der Klasseninhalt der Republik genügend bekannt und vertraut.

In der Tat ist der Schulgesetzentwurf des Herrn von Keudell nichts anderes als die Paragraphierung und endgültige Gesetzlichmachung der in der Ebert—Hindenburg-Republik längst bestehenden Zustände auf pädagogischem und kulturellem Gebiet, wie sie auch in dem Konkordat mit der katholischen Kirche, das vor dem Abschluß steht, festgelegt werden sollen. Die „Demokratie" macht eben auch auf diesem Gebiet endgültig Bankrott.

Besonders interessant ist es, die Partei der Scheidemänner auf dem Kampffeld zu erblicken: dem sie war es, die beflügelt vom „Weimarer Geist", mit den Pfaffen aller Sorten bereits im Jahre 1919 jenes Kompromiß schloß, über das jetzt Herr Keudell den Schlußpunkt setzt: denn bereits jenes Kompromiß und mit ihm die Weimarer Verfassung, lieferten das Proletariat den Unternehmern wie der Kirche aus. Bereits die Weimarer Verfassung schnitt im Absatz 2 des Artikels 146 die gesetzliche Grundlage für den Bekenntnischarakter der Schule. Sie legte im § 149 den Religionsunterricht als für die große Mehrzahl der Schulen verbindlich fest. Sie erkannte ferner die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts an und sicherte ihnen, obzleich sie der Unabhängigkeit vom Staat betonte, hohe staatliche Beihilfen zu.

Auf diesen Bestimmungen fußte das gesamte Volksschulwesen Deutschlands. Es war auch nach dem Kriege konfessionell. Selbst die wenigen Oasen des Reformismus in dieser Wüste, die weltlichen Schulen, hatten nichts Erquickendes. Auch in ihnen herrschte der Bakel, der „vaterländische Geist" und nicht zuletzt durch die zahlreichen dort beschäftigten konfessionell gebundenen Lehrkräfte der Geist des Muckertums.

Dieser Zustand wird in dem, von dem deutschnationalen Keudell eingebrachten, aber von dem Schund- und Schmutzvater Külz und dem Sozialdemokraten Heinrich Schulz vorbereiteten Schulgesetz noch einmal klar ausgesprochen und sozusagen für das ganze Reich „stabilisiert". Das Gesetz kennt keine „Einheitsschule" mehr, sondern bringt 3 Schultypen, die konfessionelle, die Gemeinschafts-, d. h. Simultanschule und die bekenntnisfreie Schule.

Von diesen 3 Typen sind die ersten 2, wie im Gesetz offen ausgesprochen wird, durch und durch Pfaffenschulen; denn die sogenannte Gemeinschaftsschule unterscheidet sich von der Bekenntnisschule nur dadurch, daß sie „eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule" ist. Also die Kinder erhalten auch dort den obligaten Religionsunterricht, nur nach Bekenntnissen getrennt. Eine fabelhafte Errungenschaft, zu der sich der deutsche Lehrerverein, der für diese Simultanschule seit Jahren Propaganda macht, gratulieren kann.

Das Aschenbrödel ist im Gesetzentwurf wie in der Wirklichkeit der 3. Typ, die sogenannte „bekenntnisfreie" Schule. In dieser herrscht sozusagen Weltanschauungslosigkeit. Während der Gründung rein konfessioneller Zwergschulen in den Gebieten kleinster konfessioneller Minderheiten Tür und Tor geöffnet wird, heißt es von der bekenntnisfreien Schule: „Sie erhält die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf allgemein sittlicher (!!) Grundlage ohne bekenntnismäßige oder weltanschauliche Bindung.

An der bekenntnisfreien Schule ist als ordentliches Lehrfach Unterricht in einer bestimmten Weltanschauung nur zu erteilen, wenn für die Pflege dieser Weltanschauung eine Vereinigung besteht, der die Rechte einer Körperschaft des öffent-

lichen Rechts gemäß Artikel 137 Abs. 7 der Reichsverfassung gewährt sind, und wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Dritteln der die Schule besuchenden Kinder dies beantragen."

Da der revolutionäre Kommunismus es im kapitalistischen Staate niemals dahin bringen wird, ein polizeilich eingetragener Verein zu werden, die Pfaffen alles, auch der reformistischen Schattierungen, es dazu aber gebracht haben bzw. noch bringen werden, so wird jedermann klar, daß es sich bei diesem Schultyp um eine reformistisch drapierte Position der Pfaffen und der Bourgeoisie handelt. Das wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß an diesen Schulen „Angehörige jedes Bekentnisses" als Lehrpersonen Anstellung finden dürfen."

Eine Seifenblase des Reformismus auf kulturellem Gebiete, die „weltliche" Schule, ist endgültig geplatzt.

Das Grausen kommt einem aber an, wenn man näher zusieht, wie die Demokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und Austrokommunisten den „Kampf" gegen dies Gesetz führen wollen. Wir zeigten schon, daß sie sich alles von der parlamentarischen „Entscheidungsschlacht" erhoffen. Dem entsprechen die aufgestellten Forderungen.

Die Liberalen, vertreten durch die Külz-Demokratie und die stresemännische Volkspartei, führen einen Scheinkampf gegen das Zentrum. Ihnen liegt daran, daß die pfäffischen Lakaien der Schlöt- und Börsenbarone sich von dem großkapitalistischen Butterbrot nicht mehr abschneiden, als zur Verdummung der Masse im Dienste des Großkapitals erforderlich ist. Daneben geht es um den ewigen Schacher mit Ministersesseln in der Reichs- wie in den Landesregierungen. Dieser „Kampf" wird auf dem Buckel der Massen ausgefochten. Er endet nach dem schönen Sprichwort: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich, mit dem reaktionären Kompromiß.

Ernster will die Noskepartei genommen werden. Aber schon ein Blick zeigt, daß sich der Kampf der Soll- und Scheidemänner von dem der Stresemänner nicht unterscheidet. Eine Anzahl ganz besonders dutziger Blöten verstreut der sozialdemokratische ehemalige Oberschulrat Paulsen in „Vorwärts". Herr Paulsen ist für die Religion. Er schreibt: „Was die liberalen Parteien von der Sozialdemokratischen Partei gegenwärtig trennt, ist der gegenseitige Zweifel in der Stellungnahme zum Religionsunterricht. Die Durchschnittsmeinung der bürgerlichen Oeffentlichkeit verkennt das Wesen der weltlichen Schule. Sie nimmt an, daß diese der Bedeutung der Religion als Bildungsfaktor in der abendländischen Kultur nicht gerecht wird, daß sie ihre objektive Stellung im Geschichts- und Deutschunterrichts historisch und wissenschaftlich nicht gebührend würdigt. Und doch führte bereits der sozialdemokratische Sprecher im Verfassungsausschuß zu Weimar (1. Lesung) aus, was der Parteitag in Kiel später bestätigte: **„Meine Partei will keinen Kulturkampf.** Sie anerkennt die Bedeutung und die Macht der Religion auch in der Gegenwart." Herr Paulsen warnt davor, den sogenannten „Kampf" um das Gesetz im Parlament in allzuscharfen Formen zu führen. Gesetze seien überhaupt nicht wichtig; denn, so meint er: „Wir wissen sicher, daß die Entwicklung der neuen Schule zwar durch die Gesetzgebung begünstigt, nicht aber durch diese geschaffen werden kann."

Zum Schluß tritt Herr Paulsen für eine tolerante Simultanschule und für das Zusammengehen mit dem bürgerlichen Liberalismus ein. Er gibt für die dann winkenden Posten in der Koalitionsregierung bzw. im Berliner Koalitionsmagistrat die letzten reformistischen „Errungenschaften" preis.

Auch die KPD. drückt sich um jede revolutionäre Lösung und Losung. Dafür kommt sie mit der unvermeidlichen „Einheitsfront", „Auf zur Bildung einer einheitlichen Kampffront gegen die Verpfaffung der Volksschule", orakelt das Zentralorgan der Vitus Heller, Pfarrer Bleier und anderer „Einheitshelden", die „Rote Fahne". In dem Aufruf, den der Essener Parteitag an das christliche, werktätige Volk Deutschlands erließ, war von der Bildung einer Kampffront gegen die religiöse Verdummung und pfäffische Ausbeutung nichts zu lesen. Im Uebrigen fordert die KPD. die „Einheitlichkeit" des Schulwesens, natürlich im Rahmen des deutschen Kapitalismus; denn von einer revolutionären Fragestellung ist keine Rede. Diese Forderung ist eines alten freisinnigen Achtundvierzigers würdig, aber heute etwas unzeitgemäß. Wie man auf diese Art die „Weltlichkeit" des Schulwesens erkämpfen will, die ebenfalls gefordert wird, ist unerfindlich und bleibt das Geheimnis der Bucharin und Stalin, die alle Hände voll zu tun haben, um in Rußland den lieben Herrgott der Kulaken und Nep-Leute „wiederaufzubauen", damit er ihnen beim Regieren hilft. Im Uebrigen versucht auch die KPD. lediglich den parlamentarischen „Kampf" vorzubereiten und den Dummenfang bei den nächsten Wahlen gegen den „Bürgerblock" zu organisieren.

Die Geschichte des deutschen Schulwesens in den letzten acht Jahren ist ein schlagender Beweis für die Richtigkeit der marxistischen Analyse die Epoche. Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, das ist die Losung der sozialdemokratischen und scheinkommunistischen Henkwelle in der deutschen Republik. Der Reformismus hat sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ein für alle Male abgewirtschaftet, auch, wenn er sich in seiner letzten Zuflucht „leninistisch" gebärdet. Es gibt nicht das eine und das andere, sondern nur das eine oder das andere: Entweder Rätediktatur und Sozialismus oder Untergang in die Barbarei.

Der Reformismus war und ist der Schrittmacher der Bourgeoisie. Er erst hat es ihr ermöglicht, und ermöglicht es ihr noch heute, das System der entblößten eisernen Faust auf kaltem Wege zum gesetzlichen System zu erheben und die letzten Redensarten von „Demokratie" endgültig bei Seite zu schieben.

Dieses System ist durch die wirtschaftliche Struktur des sterbenden Kapitalismus bedingt und würde nicht um Haaresbreite geändert, wenn an Stelle des Reichsbannerkameraden Marx und seiner Stützen aus dem deutschnationalen Lager, die Külz, Scheidemann, Brandler, ans Steuer der kapitalistischen Regierung gelangten. Das hat die Geschichte bewiesen.

Die KAP. ist nicht gezen den kulturellen Aufstieg des Proletariats, gepaart mit seinem wirtschaftlichen wie politischen. Sie ist jedoch der Meinung, daß die Bourgeoisie des imperialistischen Zeitalters nicht einen Fußbreit gewaltlos aufzibt und es längst aufgegeben hat, den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Unterhändlern der Arbeiterklasse Zugeständnisse zu machen. Das lehrt jeder Tarifvertrag, jeder Schlichtungsspruch. Erst der Kampf um die Macht, gipfelnd in der Zertrümmerung des bürgerlichen Staates und seiner Organe und der Errichtung der vollen Herrschaft der proletarischen Räte macht für das Proletariat den Weg frei zu politischen, ökonomischen und kulturellen Errungenschaften und nicht ein „Volksblock", ein Koalitionssammelsurium oder die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei beteiligt sich nicht an parlamentarischen Wahlen, noch am parlamentarischen Volksbetrug. Erst, wenn das Proletariat den parlamentarischen Mönch wie den parlamentarischen Rabbi zum Teufel gejagt hat, kann die Morgenröte seiner Freiheit am Horizont emporsteigen.

Politische Rundschau

Arbeiterdelegation Nr. 3

Die „Einheit", eine Zeitschrift, die der Vereinigung der „Roten Gewerkschaftsinternationale", die nur noch dem Namen nach existiert, in Amsterdam das Wort redet, erhielt von den russischen Gewerkschaften ein Schreiben, in dem aufgefordert wird, wieder einmal eine Arbeiterdelegation zu entsenden. Die Leute haben natürgemäß pflichtschuldigst geantwortet, daß die Sache steigt. Kein Wunder. Dort in dieser „Einheit" gibt sich alles ein Stelldichein, was einen Posten gebraucht. Körber, Overmann, Freiberger usw. Die dritte deutsche Arbeiterdelegation hat den Zweck, den Rummel zu genießen, der anläßlich des 10. Jahrestages der russischen Revolution in Szene gesetzt werden soll. Die Stalin-Regierung braucht sowohl für die ideologische Verdummung der russischen, wie der deutschen Arbeiter, und zur Infamierung der Proleten, denen der Stalin-Kurs aufstößt, eine Schar von naiven „ehrlichen Proletariern", die man nach Herzenslust einseifen und auf die Arbeiter loslassen kann. Das Mittel ist zwar nicht mehr sehr wirksam, aber es ist eben besser wie gar nichts, denkt man. Daneben läuft eine neue Sportdelegation. Interessant ist, wie man dort um die „Einheit" herum zu Kronzeugen für den sozialistischen Aufbau zu gelangen gedenkt. Es sollen Unterschriften gesammelt werden, und jeder Unterzeichnende soll seine Solidarität mit diesem Geschäft mit einem Groschen erhärten. Die zehn eifrigsten Sammler erhalten dann eine Prämie dergestalt, daß sie unbedingt in der Delegation mit einbegriffen werden. Wer also in der Konsumlotterie das Häuschen am See nicht gewann, kann es als Unterschriftensammler für Arbeiterdelegationen immerhin zu einer netten Vergnügungsreise bringen. Hinten im Briefkasten der „Einheit", Nr. 16, heißt es dann auf eine Anfrage, daß nur „Arbeiter mit langjähriger gewerkschaftlicher und politischer Erfahrung" in Frage kommen. Es ist also auch in dieser Richtung von vornherein dafür gesorgt, daß nur Arbeiter den Sozialismus in Rußland begutachten dürfen, die in dem Sozialismus, der „freien" und christlichen Gewerkschaften noch kein Haar gefunden haben, und die den Marsch in den Sozialismus in Rußland mit derselben Naivität anhimmeln, wie sie den Noske-Sozialismus in Deutschland angehimmelt haben.

Anläßlich der Zusammenstellung der „zweiten deutschen Arbeiterdelegation" kam selbst den Arbeitern in Berlin die Sache ziemlich spanisch vor. In einer öffentlichen Versammlung in Charlottenburg, im türkischen Zelt, wurde eine Delegation der KAPD. gewählt, die mit eigenem Dolmetscher und unter Garantie jeglicher Bewegungsfreiheit nach Rußland reisen und Bericht erstatten sollte. Diese Delegation wurde, trotzdem sie in einer Arbeiterversammlung einstimmig gewählt wurde, von dem sogenannten Rußland-Komitee unter den fadenscheinigsten Vorwänden abgelehnt. Was die dritte deutsche Arbeiter-Delegation berichten wird, wird eine Wiederholung dessen sein, was die Proleten schon der zweiten nicht glauben konnten, weil sie nicht die geringsten Unterlagen für ihre Behauptungen erbringen konnte. Ob der Kohl nun besser schmecken wird, weil er abgestanden ist, darf füglich bezweifelt werden.

Im Zeichen des „Friedens"

WTB. Washington, 6. August. Im Marineamt wurde erklärt, daß das **Flottenbauprogramm jetzt neu bearbeitet** und sodann Coolidge und dem Haushaltsausschuß vorgelegt werden würde. Es sei mit einem **jährlichen Ausgabeposten von 100 Millionen Dollar** zu rechnen, um alte Zerstörer und Unterseeboote sowie ab 1931 einige Linienschiffe zu ersetzen. Außerdem müßte die Zahl der großen Kreuzer auf achtzehn bis zwanzig gebracht werden. „Darüber hinaus werde man nicht gehen". „Tribüne" führt aus, daß Amerika nun auf sich selber angewiesen sei, und **durch ein größeres Bauprogramm für die Parität sorgen müssen.**

Der Marinesekretär ist zur Besprechung der Aenderungen im Bauprogramm der amerikanischen Flotte, die durch den Abbruch der Genfer Verhandlungen notwendig geworden sind, nach Rapid City abgereist. Er gab bekannt, daß er die Kommandanten der Marinebezirke von New York und San Franzisko angewiesen habe, mit den amerikanischen Reedereien Verhandlungen über die **Bereitstellung von Schiffen und Offizieren als Marinereserve für den Kriegsfall einzuleiten.** Die Einrichtung einer derartigen Flottenreserve ist vom Kongreß im Prinzip genehmigt. Die Mittel sollen vom nächsten Kongreß angefordert werden.

Im Staatsdepartement wird die Meldung, wonach zwischen Kellogg und Baldwin nach der Einweihung der Internationalen Friedrücke in Buffalo Besprechungen geplant seien, für unrichtig erklärt. Ein Mitglied des Staatsdepartements betonte im Gegenteil, **daß der Worte in Genf genug gewechselt seien und Amerika sobald nicht wieder eine internationale Konferenz anregen würde.**

Einer folgt dem anderen.

WTB. New York, 6. August. In einer Rede vor dem Institut für Politik in Williamstown (Massachusetts) sagte der Leiter der Presseabteilung des Londoner Foreign Office, Sir Arthur Willert, über den Abschluß der Genfer Konferenz: Großbritannien wird fortfahren, seinen Bedürfnissen entsprechend zu bauen. Die Amerikaner können tun, was ihnen gut dünkt; es wird keinen Unterschied für uns bedeuten. **Wir wissen, was wir unbedingt brauchen.** Wenn die amerikanische Regierung wünscht, einen Rüstungswettbewerb zu beginnen, dann ist das eine amerikanische Angelegenheit. Jeder Schuljunge in England weiß, daß uns vor zehn Jahren unsere Lebensmittelbelieferung beinahe abgeschnitten wurde, **und in diese Gefahr wollen wir nicht noch einmal kommen.**

Die Lehre der Sozialdemokratie aus den Wiener Julikämpfen.

Der sozialdemokratischen Bourgeoisie in Wien ist über den Aufstand der Wiener Arbeiter der helle Schreck in die Glieder gefahren. Die Herrschaften schließen ganz richtig, daß die Arbeiter aus dem Blutbad die Lehre ziehen könnten und das ginge die Bourgeoisie ans Eigentum. Als deren Sachwalter bauen sie vor. Im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Magistrats und nach Genehmigung des Gemeindedepartements, in dem die SPOe. die Zweidrittelmehrheit hat, hat der Wiener sozialdemokratische Bürgermeister Seitz einen Erlaß an die Magistratsdirektion gerichtet, eine Wiener städtische Polizei, eine „Gemeindeschutzwache" in Stärke von 1000 Mann zu errichten.

Die „Wache" gliedert sich in verschiedene Abteilungen: die Marktwache, die Amtswache, die insbesondere Dienst in den städtischen Aemtern, wie Arbeitslosen-, Invaliden- und Obdachlosen-Fürsorgeinstituten zu verrichten hat, und in die Betriebswache, die in den städtischen Betrieben, Friedhöfen und Gartenanlagen den „Ordnungsdienst" versehen soll. Die neue sozialdemokratische Polizei ist als Verstärkung der schon existierenden Staatspolizei gedacht. Das Kommando ist dem reaktionären Branddirektor übertragen, der sich im Juli bei der Niederknüppelung der Arbeiter besonders hervortat.

Militärische Verstärkung auf Java.

Als der indonesische Aufstand im Blute erstickt war, sagten wir voraus, daß sich die holländischen Pfeffersäcke nicht lange ihrer goldenen Ruhe erfreuen würden. Das ist sehr schnell wahr geworden. Trotzdem alle führenden Köpfe der einheimischen Arbeiter und das gesamte aktive Arbeiterelement niedergemacht und eingekerkert, zu tausenden deportiert, in die Fiebersümpfe transportiert wurde, ist Java schon wieder ein Vulkan, der jederzeit explodieren kann. Auch unter den eingeborenen von den Holländern als Büttel bezahlten Einwohnern gärt es, sie sind dem Handelskapital nicht mehr sicher genug. Wie das „Surabaja Handusiaat" aus Java meldet, hat der sogenannte Kommunismus unter den eingeborenen Soldaten schon viel weiter um sich gegriffen, als die Regierung zugeben wolle, es sind überall auf Java europäische Bürgerwehren gebildet, oder, soweit sie schon bestanden, wesentlich verstärkt worden.

Das wird die Handelskapitalisten nicht viel nützen. Der europäische Kapitalismus kann mangels Absatz aus seinen einheimischen Sklaven nicht mehr so viel Profite ziehen, als er zu seiner Existenz nötig hat. Er muß die Kolonialsklaven immer schärfer ausbeuten. Das wird die Eingeborenen aufrütteln. Es wird keinen Frieden mehr geben zwischen europäischem Kapital und Kolonialvölkern.

Politische Korrespondenz

Die russische Konzessionspolitik

Neue Krupp-Konzession bis 1958!

Das „Berliner Tageblatt" meldet: „Das Hauptkonzessionskomitee schloß mit dem Vertreter der Firma Fried. Krupp, Baron von Wilkowsky, einen neuen Vertrag in Abänderung der bisherigen landwirtschaftlichen Konzession Manytsch im nordkaukasischen Gebiete auf eine Fläche von 31 900 ha ab. Die Konzession wird aus einer reinen Ackerbau- in eine Ackerbau- und Viehzuchtkonzession umgewandelt. Die prozentuellen Abgaben werden herabgesetzt und außerdem dem Konzessionär eine Reihe anderer Vergünstigungen gewährt. Die Konzession gilt bis 1958. Der Vertrag ist der Regierung zur Bestätigung unterbreitet. Der Konzessionär verpflichtet sich, die Wirtschaft entsprechend umzustellen, die Herde auf 36 000 Stück zu bringen und den Betrieb mit den modernsten Einrichtungen und Maschinen usw. zu versehen." — So kommen die Kapitalisten zu ihrem Profit, und Rußland zu seinem „Sozialismus".

Hilferufe an den Kreml

Fußtritte als Antwort.

Wie überall, so ist auch in Leipzig die KPD. vollständig in Auflösung begriffen, wenn auch nach außen hin die Schalmaien unpolitischer RFB.-Leute manchen täuschen sollten. Die „Vogt-Opposition" ist aus der Partei in die „Linke" geflüchtet und wurde dort von der Stalin-Fraktion angegriffen, vertrieben, Vogt und eine Reihe anderer aus der KPD. ausgeschlossen. Ueber die letzten Gefechte geben nachfolgende Dokumente Aufschluß.

Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Westsachsen.
Bezirksvorstand.
An das Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe
Moskau-Kreml.

Werte Genossen!

Wir sehen uns gezwungen, in einer besonderen Sache Eure Entscheidung anrufen zu müssen. Wir setzten das Vertrauen in Euch, daß Ihr im Interesse der Organisation eine Entscheidung fällen werdet, die auch der Auffassung der Mehrheit der Mitglieder im Bezirk Westsachsen gerecht wird.

Wie Euch aus der von uns bereits ergangenen Beschwerde bekannt sein dürfte, haben sich die Verhältnisse im Bezirk so zugespitzt, daß die Gefahr einer Spaltung der Organisation heute akut ist. Eine Funktionärversammlung der RH., Ortsgruppe Gr.-Leipzig, besucht von 103 Funktionären, protestiert auf das schärfste gegen die vom Zentral-Vorstand der RHD. eingeleiteten Maßnahmen, die eine vollständige Lahmlegung der Organisation bedeuten.

Nicht nur, daß man den gesamten Bezirksvorstand abberufen hat, ist man nicht davor zurückgeschreckt, wichtiges Material und die Kassen aus dem Büro entwenden zu lassen. Die Funktionär-Versammlung hat mit 100 (hundert) gegen 3 (drei) Stimmen dem Bezirks-Vorstand das Vertrauen ausgesprochen und mit derselben Stimmenzahl die Maßnahmen des Zentral-Vorstandes und der Bezirksleitung der KPD. mißbilligt.

Wenn nicht sofortiger Eingriff der Exekutive erfolgt, ist empfindliche Schädigung der Organisation nicht zu vermeiden. Der Eingriff ist um so wichtiger, als die Frage der Ueberparteilichkeit der RH. in unserem Bezirk bereits eine Rolle in der SPD.-Presse spielt, in allen Nummern derselben erfolgen scharfe Angriffe gegen die RH.

Ausführliche Beschwerde der Mehrheit des Bezirks-Vorstandes ist gleichfalls unterwegs.

Mit Rote Hilfe Gruß!
Folgen Unterschriften

An das Ekki ging ebenfalls ein Schreiben, das den ganzen Fraktionskampf im einzelnen schildert, und in dem es am Schluß heißt:

„Wir können nicht glauben, daß das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale mit solchen Methoden, wie sie in Deutschland, insbesondere in den Bezirken, wo sich in der Vergangenheit eine oppositionelle Strömung zeigte, von seiten der Parteizentrale angewandt wurden, einverstanden ist. Die Methode des ZK. und der jetzigen Bezirksleitung im Bezirk Westsachsen kostete in einer Zeit, die eigentlichen starken Mitgliederzuwachs bringen müßte, der kommunistischen Partei **bereits einen Verlust** von weit über **1000 Mitgliedern. Von gruppen, geschwiegen dem in den Betrieben ist kolossal viele mehr. Die Reorganisation, die vor dem katastrophen Bezirksparteitag, Juli 1926, einen günstigen Aufstieg zeigte, steht vor dem Zusammenbruch.** Wir appellieren an das Exekutiv-Komitee, hier einzugreifen, das deutsche Zentralkomitee und die verantwortlichen Genossen in Westsachsen zur Ordnung zu rufen und sie zu zwingen, mit den Genossen der früheren Opposition ein kollektives Zusammenarbeiten anzustreben, sie zu zwingen, die Beschlüsse der Mehrheit der Mitgliederschaft anzuerkennen und insbesondere in den überparteilichen Organisationen alles zu vermeiden, was unsere Bewegung ernsthaft unter den breiten Massen der Mitgliedschaft stören kann. Wir sind jederzeit bereit, einen solchen Weg der Verständigung der Zusammenarbeit, daß Zusammenreißen aller der Partei zur Verfügung stehenden Kräfte zu gehen. Wir verkennen nicht den Ernst der augenblicklichen Situation, wir fühlen uns aber verpflichtet, gegen solche innerparteiliche, politische wie organisatorische Methoden, **mit allen Ihr Ihnen der kommunistischen Internationale zuverlässigen Mitteln** anzukämpfen, weil diese Methoden eine ernsthafte Gefährdung der Fortwicklung der kommunistischen Internationale und Ihrer Sektion bedeuteten.

Mit kommunistischem Gruß!"

Nun sind die Retter der Partei „mit allen im Rahmen der kommunistischen Internationale zulässigen Mitteln" hinausgeflogen, trotzdem sie glaubten, sich ihre Position zu erhalten (wie Vogt), indem sie die wüsteste Hetze gegen die KAPD. betrieben. An ihrem völligen politischen Bankrott muß jeder Arbeiter erkennen, daß jeder, der die 3. Internationale zu retten vorgibt, entweder ein Dummkopf oder ein Verräter ist, und daß der Weg aller revolutionären Arbeiter über die politischen Leichen der Urbahns, Scholem, Vogt hinweg zur KAPD. gehen muß.

Der Sachverständige. Der „Vorwärts" teilt mit, daß die Reichsregierung im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand den Reichstagsabgeordneten Breitscheid wieder als Delegierten für die Herbstsitzung des Völkerbundes bestimmt hat.

Neues über die russische Opposition

In Moskau findet in den nächsten Tagen eine Sitzung der Vollversammlung des russischen Zentralkomitees und der Zentralkommission statt.

Der wahrscheinliche Zweck ist der Ausschluß Trotzkis und Sinowjews aus dem Zentralkomitee der KPR. Zu diesem Behuf veröffentlicht der Präsident des ZK., Jaroslawski, in den Nummern 76 und 77 der Inprekorr. eine Artikelserie über das Neue und Alte in der „Neuen Opposition", der wir eine Anzahl Einzelheiten über die Betätigung und das Wirken der Opposition entnehmen.

Mit Sinowjew und Trotzki, den offiziellen Häuptern der bisherigen Opposition wird Jaroslawski natürlich leicht fertig. Es erweist sich wieder, daß ein von Stalin braun und blau gegerbter Hintere noch kein Glorienschein ist, auch wenn ihn die Korsch und Scholem für einen solchen ansehen. Jaroslawski weist, wie es so oft schon geschehen ist, nach, daß die Trotzki, Radek und Sinowjew, als sie an der Macht waren, genau die gleichen Schweinereien verübten wie das heutige ZK. und daß sie, wenn sie wieder an die Macht kämen, auf Grund ihrer Gesamteinstellung auch keinen anderen Weg zeigen würden.

Interessant ist nur, was Jaroslawski über die neuerdings eingetretene Zersplitterung der Opposition sagt und mit vielen Zitaten belegt. Danach bestehen augenblicklich mehrere Gruppen der Opposition. Ein Teil der Prominenten hat, wie das nicht anders zu erwarten war, die schwankenden Häupter Trotzki und Sinowjew verlassen und ist zur alleinseligmachenden Futterkrippe Stalins zurückgekehrt.

Ein anderer hat sich von den oben genannten nach „rechts" abgegrenzt und spielt die Rolle einer sogenannten „Puffergruppe" zwischen Trotzki und Stalin, die wahrscheinlich von letzterem selbst aufgezogen ist. Diese wird ähnlich wie die verflossenen Weber- und Kötergruppen in Deutschland mit Wohlwollen behandelt.

Am Interessantesten ist, was Jaroslawski unter zahlreichen Belegen über eine ebensolche Absplitterung von der ehemaligen Hauptgruppe nach „links" zu berichten weiß. Er schreibt unter der Ueberschrift: Der Beginn des Zerfalls des Oppositionsblocks Folgendes: „Die Schwierigkeiten und Niederlagen, der Verrat Tschang-Kai-Schecks und der Kuo-Min-Tang, **die unvermeidlichen Schwankungen eines bestimmten Teils des Kleinbürgertums (im besonderen der Bauernschaft) in den Augenblicken der Kriegsgefahr, der internationalen Komplikationen und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten** (ein wertvolles Eingeständnis. D. Red.) haben von Neuem die Tätigkeit der Opposition belebt. Im Frühling dieses Jahres tauscht bereits irgendwo der illegal versandte Entwurf einer Plattform der „linken" Oppositionsgruppen (Sagronow, W. M. Sunrinow u. a.) auf, die sich von der (Opposition der Anhänger Trotzkis und Sinowjews abspaltet." Als die Trotzki und Sinowjew auf dem Februarplenum des ZK. der KPdSU. der Wirtschaftsplattform der Mehrheit nichts entgegenzusetzen hatten, rief das in den „Reihen der Opposition selbst Empörung hervor. Die Meinungsverschiedenheiten sind in eine neue Phase getreten. Die „Linken" lehnen eine Manövrierpolitik überhaupt ab, ohne eine solche aber gibt es keine Möglichkeit, in der Partei die grundsätzliche Linie der Opposition zu legalisieren. Auf diese Weise lehnen die „Linken" tatsächlich den Kurs auf legale Aktion ab".

Diese „Linken" greifen die zögernde Taktik der Sinowjew und Trotzki an, in ihrer Plattform heißt es nach Jaroslowski, daß der Sieg über die Opposition nur deshalb errungen werden konnte, weil „die Durchschnittsparteimitglieder die unerhörte Verhöhnung durch das ZK. und den ganzen Apparat nicht abwehren konnten, weil sie allzu passiv gewesen sind". Und Jaroslawski fährt fort:

„Die „Linken" greifen ihre Verbündeten auf der „rechten" Seite (die Trotzkisten und Sinowjewisten) wegen deren Theorien an, „es hatte die Opposition im Jahre 1926 deshalb eine Niederlage erlitten, weil sie vom Durchschnittsparteimitglied nicht verstanden wurde. Die „Linken" waren der Ansicht, daß die Opposition dadurch die falsche und heuchlerische Behauptung der Oberschicht des ZK., nach der die Opposition durch die Arbeiter des Aviopribor und der Putilowwerke zurückgeschlagen worden sei", unterstütze. Nach Ansicht der „Linken" spielte bei dieser Passivität der Parteimitgliedschaft auch jene **Taktik des Schweigens** eine große Rolle, die die Opposition im Augenblick der schärfsten Hetze gegen sie eingeschlagen hatte". Und weiter heißt es bei Jaroslawski:

„In diesem bemerkenswerten Plattformentwurf heißt es, daß in der Partei die ersten, aber ziemlich entscheidenden Schritte auf dem Wege zur Liquidierung der Partei gemacht werden. **Das ZK hört auf, ein Parteiorgan zu sein.**"

Jaroslawski fügt tadelnd hinzu:

„Dieses Dokument nennt gleich den Trotzkisten die Partei eine Stalin-Fraktion und betont, daß das ZK. sich organisatorisch von der Arbeiterklasse loslöst. . . Wenn", so prophezeit das Dokument, „die erfolgreich begonnene Liquidierung der Partei beendet sein wird, dann wird sich das letzige ZK. in einen eigenartigen Typus einer bonapartistischen Regierung verwandeln. Der Entwurf", heißt es weiter, „ließ noch erkennen, daß die Partei vorläufig durch ihre historischen Traditionen mit der Arbeiterklasse wohl noch verbunden ist (nur durch ihre historischen Traditionen!), erklärte aber, daß ihre Zugeständnisse an das Kleinbürgertum (das heißt an die Bauernschaft), sie zwingen werden, immer mehr und mehr gegen den Willen der Arbeiter zu handeln, so daß auch dieses historische Band zerrissen wird. Des weiteren wird der Zustand aller Zweige unserer Wirtschaft in düsteren Farben geschildert, wie er schwärzer nicht einmal von den ärgsten Feinden der Sowjetstaates hätte geschildert werden können. All dies wird nach dem gleichen Grundsatz getan, nach dem die menschewistischen und weißgardistischen Blätter über den Sowjetstaat berichten. . . So handelt ein Feind . . . Wozu fordert dieser Entwurf auf? Erstens sieht dieser Entwurf den Sturz der proletarischen Diktatur (so wie sie Jaroslawski auffaßt. D. Red.), den „offenen, endgültigen Bruch zwischen Staat und Arbeiterklasse" voraus. . . Und was weiter? Der Entwurf fordert auf, alle Kräfte auf die Organisierung eines Kaders für diesen Kampf, auf die Heranziehung des ganzen proletarischen Teils der Partei zur Opposition" zu konzentrieren."

Diese Erklärung der 6 Oppositionsführer habe der Stalinfraktion geholfen, einen opportunistischen Druck auf die Komintern auszuüben."

Diese Einstellung habe zu Redensarten geführt, wie: **„Die Diktatur des Proletariats bestand 1918—20; jetzt gibt es keine Diktatur des Proletariats mehr. Jetzt, da die Partei der Bauernschaft und der Nep eine Konzession nach der anderen macht, kann man unsere Regierung nicht eine Arbeiterregierung nennen."** (Aus einer Rede in der Zelle Gostorg.) oder, daß man „als ehrlicher Bolschewik gezwungen ist, den Anhängern der Mehrheit des ZK. gegenüber die gleichen Kampfmethoden anzuwenden, die Genosse Lenin den Menschewiki gegenüber anwandte."

Selbstverständlich ist, daß die Trotzki, Sinowjew und Radek gegen diese Genossen den schärfsten Kampf führen, ähnlich wie die Fischer, Scholem und Konsorten gegen die deutschen Ultralinken.

Wir können natürlich von hier aus nicht sehen, wie solche „Führer" wie Sunrinow, die noch vor Kurzem mit den Sinowjew und Radek durch dick und dünn gingen, zu den grundsätzlichen Fragen einer Opposition stellen. Wir malen gegenüber diesen alten Bolschewiken zum äußersten Mißtrauen. Immerhin zeigen die Ausführungen Jaroslawskis, daß es in den Tiefen des russischen Proletariats gärt, und daß die Beschwichtigungskünste der Sinowjew und Trotzki immer weniger wie die der Ruth Fischer, Scholem, Weber und Korsch imstande sind, den Klärungsprozeß der besten proletarischen Elemente auf die Dauer zu unterbinden.

Die lächerlichste Rolle spielt mal wieder das Märzlein der 3½. Internationale, Karl Korsch.

Ausgerechnet Korsch, der stets „Linkeste", schrieb in Nr. 11/12 seiner Kommunistischen Politik: „Die Sinowjew und Trotzki, sie und die ihrigen sind doch heute Ausdruck und Träger des wiedererwachenden Klassenkampfes in dem Lande des roten Oktober, des jüngsten und mächtigsten Anstoßes zu der internationalen revolutionären Selbstbefreiung der proletarischen Klasse."

Und nun ist er von den Tatsachen wieder einmal dementiert.

Unseren Genossen dürfte es nach alledem ein Leichtes sein, den Schwindel der Gruppen und Gruppchen ganz zu erledigen und den Arbeitern nachzuweisen, daß der revolutionäre Weg zur KAP. führt.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Schutzzoll, Freihandel und das Proletariat

(Fortsetzung.)

Wenn weniger Kosten erforderlich sind, um die Maschine in Bewegung zu setzen, welche die Waren anfertigt, so werden die zum Unterhalt dieser Maschine, die sich Arbeiter nennt, notwendigen Dinge gleichfalls weniger kosten. Wenn alle Waren billiger sind, so wird die Arbeit, die auch eine Ware ist, gleichfalls im Preise sinken und, wie wir später sehen werden, wird diese Ware Arbeit verhältnismäßig viel mehr sinken, als alle anderen Waren. Verlässt sich der Arbeiter dann immer noch auf die Argumente der Oekonomen, so wird er finden, daß der Frank in seiner Tasche zusammengeschmolzen ist und ihm nur noch 5 Sous übrigbleiben.

Hierauf werden ihnen die Oekonomen sagen:

Nun ja, wir geben zu, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern, die unter der Herrschaft des Freihandels sicherlich nicht geringer sein wird, sehr bald die Löhne im Einklang mit dem niederen Preis der Waren bringen wird. Aber anderseits wird der niedrige Preis den Konsum vermehren; der größere Konsum wird eine stärkere Produktion erfordern, welche eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften nach sich ziehen wird, und dieser stärkeren Nachfrage nach Arbeitskräften wird ein Steigen der Löhne folgen.

Diese ganze Argumentierung läuft auf folgendes hinaus: Der Freihandel vermehrt die Produktivkräfte. Wenn die Industrie im Wachstum begriffen ist, wenn der Reichtum, wenn die Produktivkräfte, wenn mit einem Wort das Produktivkapital die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, so steigt auch der Preis der Arbeit und folglich der Lohn. Die günstige Bedingung für den Arbeiter ist das Anwachsen des Kapitals. Und man muß dies zugeben. Wenn das Kapital stationär bleibt, wird die Industrie nicht nur stationär bleiben, sondern zurückgehen, und in diesem Falle wird der Arbeiter das erste Opfer sein. Er wird vor dem Kapitalisten zugrunde gehen. Und in dem Falle, wo das Kapital anwächst, also in diesem, wie gesagt, besten Falle für den Arbeiter, welches wird da sein Schicksal sein? Er wird gleichfalls zugrunde gehen. Das Anwachsen des Produktivkapitals begreift in sich die Konzentration und Akkumulation der Kapitalisten. Die Zentralisation der Kapitalien hat eine größere Arbeitsteilung und eine größere Anwendung von Maschinen zur Folge. Die größere Teilung der Arbeit zerstört die besondere Geschicklichkeit des Arbeiters, und indem sie an die Stelle dieser besonderen Geschicklichkeit eine Arbeit setzt, die jedermann verrichten kann, vermehrt sie die Konkurrenz unter den Arbeitern.

Diese Konkurrenz wird um so stärker, als die Arbeitsteilung den Arbeiter in die Lage versetzt, allein die Arbeit von dreien zu verrichten. Die Maschinen bewirken das gleiche Resultat noch in viel größerem Grade. Das Anwachsen des Produktivkapitals zwingt die industriellen Kapitalisten, immer stets wachsenden Mitteln zu arbeiten, und ruiniert damit die Kleinindustriellen, und wirft sie ins Proletariat. Ferner, da der Zinsfuß in dem Maße fällt, als die Kapitalien sich anhäufen, werden die kleinen Rentiers, die nicht mehr von ihren Renten leben können, gezwungen sein, sich der Industrie zuzuwenden, und somit die Zahl der Proletarier vermehren.

Endlich, je mehr das Produktivkapital wächst, desto mehr ist es gezwungen, für einen Markt zu produzieren, dessen Bedürfnisse es nicht kennt. Um so mehr geht die Produktion dem Bedarf voraus, um so mehr sucht das Angebot die Nachfrage zu erzwingen, und nehmen daher die Krisen an Intensität und Häufigkeit zu. Aber jede Krisis ihrerseits beschleunigt die Zentralisation der Kapitalien und vermehrt das Proletariat. Je mehr das Produktivkapital anwächst, desto mehr steigert sich die Konkurrenz unter den Arbeitern, und zwar in viel stärkerem Verhältnis. Die Entlohnung der Arbeit nimmt ab für alle, und die Arbeitslast vermehrt sich für einige.

1829 gab es in Manchester 1088 Spinner, die in 36 Fabriken beschäftigt waren, 1841 gab es nur noch 448, und diese Arbeiter bedienten 53 353 Spindeln mehr, als die 1088 von 1829. Wenn die Handarbeit zugenommen hätte in demselben Maße, wie die Produktivkraft, so hätte die Menge der Arbeiter auf 1840 steigen müssen, die technischen Verbesserungen haben also

Heinrich, mir graut vor Dir!

In „Die Harpune", Monatsschrift für Kulturradikalismus vom 15. Juli, wird eine Eingabe Laufenbergs an das Amtsgericht Hamburg veröffentlicht, die allen klassenbewußten Arbeitern bekannt werden muß, damit sie sehen, wo der ehemalige Vorsitzende des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats gelandet ist:

„Der aus der „Freien Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus, e. V. Sitz Hamburg", hervorgegangene „Denksportring e. V. Sitz Hamburg", beantragt hiermit laut Beschluß seiner Generalversammlung vom 25. Juni 1927 seine Löschung bei der Abteilung für Vereins- und Güterrechtsregister des Amtsgerichts in Hamburg, da die intellektuelle Konsequenz: Die Fermentierung des Smithismus und seines pseudorevolutionären, hegelianisch verbrämten Ausläufers, des Marxismus, philosophisch und historisch erreicht ist. Die russischen Kinderkrankheiten des Radikalismus sind durch die intensive Heilbeeinflussung — mit relativistisch-westeuropäischen Ideen — sichtbar in ein Rekonvaleszenz-Stadium gedrängt worden, wie die russischen Staatskontouren, wenn auch vorläufig nur wie im Nebel, in der Entwicklung des Zentralismus zum Föderalismus innerhalb Rußlands bereits nachweisen. Außerhalb Rußlands haben sich die russischen und österreichischen Nachfolgestaaten, die damals aus taktischen Gründen als „imperialistische Pufferstaaten" definiert wurden, als kulturnotwendig und daher als lebensfähig erwiesen."

Es ist zwecklos, sich mit dem großen Magister weiter auseinanderzusetzen, weil jede seiner Handlungen beweist, daß der 2. Parteitag der KAPD. ins Schwarze traf, als er diesen Mann über Bord gehen ließ. Wir stellen also nur fest: Der Laufenbergsche Nationalkommunismus ist ein Gegner des revolutionären Marxismus und damit der proletarischen Revolution. Deshalb begrüß ter auch den Rückzug der Bolschewiki vor dem Kulak. Wir danken dem Laufenberg für sein weißzaristisches Bekenntnis: Klassenkampf und Diktatur der Arbeiter sind „Kinderkrankheiten des Radikalismus". Der Weg zum Kapitalismus aber ist „Rekonvaleszenz". d. h. der Weg zur Gesundung.

Die gottgewollte Ordnung

Die „Frankfurter Zeitung" weiß folgendes zu berichten: „Nachdem vor kurzem eine hiesige Firma die Annahme von 140 Zentnern brasilianischen Tabaks wegen der Höhe des Zolles verweigert hatte, wies das Reichsfinanzministerium an, den Tabak zu verbrennen. Das scheiterte, weil der Tabak nicht brennen wollte, zumal die Stadt es ablehnte, auf ihre Kosten Benzin zu stellen. Daraufhin hat man die 140 Zentner Tabak heute unter obrigkeitlicher Aufsicht in die Tiefe eines Teiches bei Darmstadt versenkt."

Aus der Bewegung

Leipzig

Warum ist für revolutionäre Arbeiter kein Platz mehr in der KPD.?

Große Plakate mit der Unterschrift der KAP., AAU. und EL. stellten den Genossen der KPD.-Opposition scharf und rücksichtslos in knappem Text die brutalen Tatsachen vor Augen, daß —

Rußland unaufhaltsam den Weg des Kapitalismus schreitet, daß die verbrecherische Kriegsbündnispolitik Moskaus mit kapitalistischen Staaten das Proletariat in einen neuen 4. August hineinreißt, daß die III. Internationale unabänderlich den Weg des Reformismus gehen muß, daß der Kampf der Opposition um die Reste der Oktoberrevolution immer schwieriger wird, wie der erneute Ausschluß von Genossen zeigt, die die frühere, revolutionäre Linie der KPD. verfochten."

Ueber 400 Arbeiter waren in der Versammlung erschienen, ein erheblicher Teil davon, unter Führung des von der Brandlerclique 1923 auf der Jenaer Parteischule der KPD. aufgepäppelten jetzigen politischen Redakteurs der „Sächs. Arbeiter-Ztg.", zweifellos in der Absicht, die Versammlung zu sprengen. Anfängliche Lärm- und Radauversuche der von der bolschewistischen Journaille mißleiteten Arbeiter wurden aber schwächer und schwächer unter dem wuchtigen, mit unumstößlichem Tatsachenmaterial belegten Anklagen des Referenten der KAP. Und so mußte der auf Radau eingestellte, zur Sprengung ausgezogene Teil der Versammlung ohne Möglichkeit eines Protestes sogen die aus der bolschewistischen Presse verlesenen Tatsachen das einstecken, was das Plakat behauptet hatte, daß nämlich zwischen der Erklärung des Sozialdemokraten Haase im Reichstag am 4. August 1914 und der von dem „Kommunisten" Bucharin kurz vor dem Ruhrkrieg Ende 1922 aufgestellten Theorie der „unterdrückten Vaterländer" kein Unterschied besteht, und daß die III. Internationale auf Grund ihrer den Klassencharakter des nepkapitalistischen russischen Staates wiederspiegelnden Vaterlandsverteidigungstheorie das Verbrechen des 4. August erneut vorbereitet und durchführt. Die feige Haltung der KPD.-Zentrale im Kapp-Putsch, die Verurteilung der Märzaktion nach Einführung der NEP. der passive Widerstand im Ruhrkrieg, das Bündnis mit den Schlageterfaschisten unter der Parole „Nieder mit der Regierung der nationalen Schmach", Arbeiter- und Bauernregierungsschwindel der Brandler-Bötticher in Sachsen, imstichlassen der Hamburger Barrikadenkämpfer, von denen die Ortsgruppe Schiffbeck wegen Opposition heute aus der KPD. ausgeschlossen ist, die Granatenlieferung an die Reichswehr, der Verrat Rußlands an den türkischen, litauischen, chinesischen Kommunisten durch die verbrecherische Einheitsfronttaktik Rußlands mit der Bourzeoisie gegen die selbständigen Klassenaufgaben der proletarischen Klasse, die Polizei und Arbeitermörder, die Forderung einer Regierung aus Wiener Arbeiters und steirischen Bauern waren die Daten, an denen der Referent den Weg der KPD. von der Revolution zur Konterrevolution aufzeigte. Unter Bezugnahme auf Karl Liebknechts Nachlaß über das Verbrechen der Einheitsfrontschreier und Gewerkschaftsretter und Rosa Luxemburgs Kritik der russischen Revolution, ihre Forderung, lieber in Ehren unterzugehen als ein Scheinleben und Trugleben im Bündnis mit dem deutschen Imperialismus zu führen, schloß der Referent, daß die durch das Abgleiten der russischen Revolution zur Nep verursachte Spaltung der revolutionären Vorhut des Proletariats auf dem Heidelberger Parteitag so wieder gut gemacht werden muß durch Anknüpfen an die Erfahrungen der russischen und deutschen Klassenkämpfe 17 und 18, nämlich der Organisierung des Proletariats als Klasse in den Betrieben und Stempelstellen nach dem Rätesystem, zusammengeschlossen in der Allgem. Arbeiter-Union, Zerschlagung der konterrevolutionären Gewerkschaften, Klassenkampf auf antigesetzlicher, antiparlamentarischer Grundlage unter Führung des klarsten Teils des Proletariats, der Kommunistischen Arbeiter-Partei.

Diese Ausführungen wurden ihrer ernsthaften Bedeutung entsprechend, von dem ernsthaften und denkenden Teil der Versammlung mit Zustimmung aufgenommen. Die Sprengkolonne fand erst wieder ein wenig Mut zur ihrer Kurage, als Den. Tischendorf unter Aufzeigen der Entwicklung der Leipziger KPD. die Ausführungen des Referenten unterstrich und gelobte, unermüdlich in den Reihen der KAPD. für die Aufklärung der irregeführten Proletarier in der KPD. tätig zu sein. Da immerhin die Hurrastimmung der Sprengkolonne unter den schweren geistigen Schlägen des KAP.-Referenten einer starken Niedergeschlagenheit Platz gemacht hatte, veränderten die Pakkinechte ihre Absicht, zu sprengen. In einer Geschäftsordnungsbemerkung ersuchte der Manager die Kolonne, Ruhe zu bewahren, damit der KPD.-Redakteur sprechen könne. Dieser stellte fest, daß 4 „linke Volkszeitungsredakteure" anwesend seien, das sei ein Zeichen für die Verwandtschaft von KAP. und SPD. Mit Behauptungen, die Ausführungen des KAP.-Redners stammten aus Artikeln der „Leipziger Volkszeitung" u. a. Idiotien erweckte dieser arme Irre bei den denkenden Arbeitern mitleidiges Lächeln, seine Anhänger klatschten erlöst Beifall. Ein Volkszeitungsredakteur machte dann in einigen Einerseits-Andrerseits-Bemerkungen den Ekki über China trotz kleiner Kritteleien Komplimente, betonte, daß Rußland nicht kapitalistisch sei und baute so die von dem KPD.-Kolegen in blindwütigem Haß gegen die KAP. abgebrochenen Brücken der Einheitsfront von SPD. und KPD. im Sinne der „Roten Fahne". — SPD. und KPD. ziehen heut an einem Strick" — wieder auf. Die Diskussion war also von einem hohen sachlichen Niveau abgeglitten, auf das bei den Bolschewisten übliche der Demagogie und Beschimpfung. Diese Mittel fangen in immer größerem Umfange an, beim Leipziger Proletariat auszuspielen. Neuaufnahmen, Literaturumsatz, zahlreiche Anfragen nach dem Versammlungslokal der KAP. haben bewiesen, daß die Versammlung ein Schritt vorwärts in der Revolutionierung des Proletariats, ein Erfolg der KAPD. war. Das beweist auch die Tatsache, daß die KPD. nicht nur gezwungen wurde, sich in der Versammlung zu stellen, sondern darüber hinaus, sich 1 Spalte lang mit der Versammlung beschäftigen muß.

Ueber seinen fast einspaltigen Bericht von der Versammlung in der „SAZ." schrieb der Journalist, dem Niveau bolschewistischer Diskussion entsprechend, „Versammlung der Rußlandfeinde". „Einheitsfront der KAPD. mit der SPD." In dem Bericht, dem typischen Machwerk einer bolschewistischen Journaille bedauert der selbst in goldigem Licht strahlende Redakteur die sächsische Gemütlichkeit der (nicht zur Sprengkolonne gehörizen) Arbeiter, die unter Klassengenossen also geistige Argumente denen der Faust vorziehen. Daß der Einfluß der KAP. wächst, beweist ein Aufruf in Nummer 182 der „SAZ." „Parteifeinde am Werke". „Gegen die Liquidatoren im Bezirk Westsachsen". In dem der Ausschluß des Auchoppositionellen Vogt, der sich mit seinen Anhängern von der Versammlung gedrückt hatte, begründet wird. Ursache dieser Zusammenstöße zwischen den Genannten war die Resolution der 7. Junzfrontabtg., die nach dem Referat eines ihrer Gen. angenommen wurde. Wir haben die Resolution in der „KAZ." veröffentlicht. In dem Aufruf der KPD. heißt es:

„In einer Fraktionssitzung der Kommunisten der erweiterten Gauleitung des RFB. am 16. Juli vertrat Arthur Vogt die Auffassung, daß der Genosse Rosenberg, der einzige gewesen sei, der den Wes des offenen Briefes bis zum Ende, d. h. zur SPD. gegangen sei. Die KPD. sei nur zu feige, in gleicher Konsequenz zu handeln. Die Konzentration der Partei von Essen sei nur eine künstliche. Mit noch weit größerer Schärfe wurde dem diese Auffassungen von den Genossen Joachim und Lau in einer späteren Fraktionssitzung vertreten. Joachim operierte dort mit dem Nachrichtenmaterial der Schwarzgruppe gegen die Partei und Lau forderte auf, die Disziplin zu brechen, wenn es im Interesse des Proletariats notwendig sei, den Kampf gegen den völlig konterrevolutionären Kurs der KPD. zu führen. Auch in den russischen Fragen wird dem ZK. der KPR. nichts wenizer vorgeworfen, als der Verrat der russischen Revolution."

Stettin

Korsch als „Marxist".

Die Gruppe „kommunistische Politik" machte den Versuch, eine öffentliche Versammlung in Stettin einzuberufen mit dem Thema: „Niederlage des österreichischen Proletariats, China und der Kampf der Stalingruppen gegen die Opposition". Wir schreiben Versuch, weil die Vorbereitung dieser öffentlichen Versammlung, (38 Plakate und nicht 1 Handzettel für ganz Stettin), den Eindruck erwecken muß, daß an einen ernsthaften Versuch, mit der Kominternpolitik abzurechnen, nicht gedacht wurde. Ungefähr 160 Proletarier füllten den Saal, wovon beinahe die Hälfte aus dem Saale flüchteten, als die endlosen Exzüsse des Referenten Korsch (Referat: 3 Stunden) selbst den disziplinierstesten Proletariern das seelische Gleichgewicht raubten. Schon am Anfang der Versammlung war die ordnungsgemäße Weiterführung in Frage gestellt und nur das Eingreifen der KAP. in die Geschäftsordnung hat die Versammlung vor einer Sprengung durch die vom ZK. aufgehetzten roten Matrosen bewahrt. Aber sie taten es nicht aus Rücksicht auf Korsch, sondern weil uns die Diskussion mit den Proletariern und die Stärkung der trennenden Fragen richtiger scheint, wie eine sich nur aus Verirrungen entwickelnde Schlägerei. Korsch machte keinerlei tümliche Zugeständnisse, als die Wogen der Erregung sehr hoch schlugen. Er berief sich auf seine Freundschaft mit den Prominenten der KPD. Florin in dieser Aufrage, er in Canton. und Vanzetti-Versammlungen gesprochen hätte. Der Inhalt seines Referats war wohl in der Betrachtung der Lage in China und der antiproletarischen Rolle der Kuomintang, sowie in dem Aufzeigen der Ursachen der Niederlage der Proletarier Wiens und ihrer Niederlage und die verräterische Rolle der Komintern, entspringend aus dem Nep- und Kulaken-Rußland, in China und Wien richtig. Er hatte nur die von der KAP. so oft genannten Begründungen und Argumente zu wiederholen. Doch bei der Aufzeigung der Gegensätze der Stalin-Bucharin und Sinowjew, Trotzki konnte er die Begründungen der KAP. nicht anwenden, weil sonst seine eigene „Plattform" in die Brüche gegangen wär. So schwankte dieser unglückliche Harlekin, einer vom Vegetieren lebenden Oppositionsgruppe haltlos zwischen philosophischen Betrachtungen und konsequenter Inkonsequenz hin und her. Da, wo der revolutionäre Marxist seinen Anfang nimmt, über die Interpretation der gesellschaftlichen Zustände hinaus zur gewaltsamen Umänderung derselben, und den an diesem Schritt notwendigen organisatorischen Konsequenzen, deren Niederschlag die KAP. und Union darstellen, hört der „Marxist" Korsch auf. Der in der Diskussion sprechende KAP.-Genosse versuchte in konzentrierter, sachlicher Form das zu sagen, was notwendig war. Der gesamte Verrat der Komintern ein Ausfluß der Nep- und Kulaken-Politik Rußlands. Ob in den Fragen Chinas oder Oesterreichs oder in der Granatenlieferung an die deutsche Bourgeoisie. Die Gewerkschaftseinheit und parlamentarische Beteiligung, heißt nur Einspannen der proletarischen Klasse vor den Wagen einer auf Privateigentum beruhenden Entwicklung in Rußland. Positiv vorwärts in konsequenter Loslösung von den gewerkschaftlichen und parlamentarischen Zuhältern. Nicht ein Zeichen der Unruhe, zerspannt waren die Proletarier den Ausführungen der KAP. gefolgt. Ein Abgesandter des ZK. machte den Versuch, den Eindruck der KAP. zu verwischen, aber es gelang ihm nicht. Er wurde gezwungen, die eigenen erfolglosen Versuche der Gewerkschaftseroberung aus der „Kommunistischen Internationale" an Hand statistischen Materials vorzulesen und übertrumpfte so seinen ehemaligen Genossen oKrsch in der Harlekinade. Das Resume der Versammlung kann nur dahin zusammengefaßt werden: Nur weiter so, und die Charlatane der proletarischen Revolution vom ZK. bis zur linkesten Variation der Korsch bezogen ungewollt die Geschäfte der Revolution.

Proletarisches Notizbuch

Der weiße Terror der „Wuhan-Regierung" dauert an. Ueber 200 Kommunisten wurden verhaftet, vier hingerichtet.

•

Ein Kriseskongreß wird selbst vom „Vorwärts" der Kongreß des IGB. genannt. Er ist mit Krach auseinandergegangen, und hat es noch nicht einmal zu einer Selbstbeweihräucherung seiner verräterischen Politik gebracht.

•

Der achte Geburtstag der Republik wird dieses Jahr in aller Stille begangen. Man ist allseitig der Meinung, daß dieses Kriegskind besser gleich nach der Geburt sanft entschlafen wäre. Nur Sozialdemokratie und Gewerkschaften suchen den Arbeitern einzureden, daß diese Republik auch von Arbeitern genossen werden könne, wenn auch nicht ohne Mostrich.

•

Die Kuomintang gegen Rußland. Die Niederlassung der Russischen Telegraphenagentur in Kanton wurde auf Anordnung der Nationalregierung geschlossen. Die Nationalregierung begründet ihr Vorgehen damit, daß die „Taß" durch unwahre Meldungen gegen die Nationalregierung gehetzt habe. — Die „Hetze" der Stalinleute besteht darin, daß sie die feudalen Großgrundbesitzer (im Ausmaße deutscher Fürstentümer) und die kapitalistischen Henkergenerale den Arbeitern als Genossen hinstellen und sie zu Ehrenmitgliedern des RFB. ernennen.

•

Zörgiebel bofolgt KPD.-Parolen. Berlin, 3. August. Von heute an tritt in der Bekleidung der Verkehrspolizeibeamten eine Aenderung dahin ein, daß die Verkehrspolizeibeamten ihren Dienst ohne Ueberschnallkoppel, Seitengewehr und Schußwaffe versehen. Sie tragen von diesem Zeitpunkt an, ebenso wie ihre englischen und amerikanischen Kollegen, „nur" den Polizeigummiknüppel. — Heil Moskau!

•

Sozialdemokratie einst und jetzt. Die Frauenzeitung der SPOe. wird gezeichnet: „Für die Redaktion verantwortlich: Eugenie Brandl, Beamtin." — Was wäre das für ein Verlust für die Proletarierinnen, wenn sie nicht jeden Tag von neuem lösen, daß Eugenie Brandl Beamtin ist! Einst allerdings war ein Beamter für ewig verfemt und wirtschaftlich unmöglich, wenn er nur eine sozialdemokratische Zeitung las, heute ist es bei der herrschenden Klasse eine Empfehlung, wenn er eine solche verantwortlich zeichnet.

Mitteilungen

Reich

AAU. Wasserkante.

Am Sonntag, den 21. August, Bezirkskonferenz in Hamburg, Lokal Schwanz, Ecke Stuvkamp und Wohldorferstraße. Beginn 9 Uhr pünktlich.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Wirtschaftl. u. polit. Lage. 2. Berichte. 3. AAU. und Seeproletariat. 4. Union und KAP. (Fragen der Taktik.) 5. Anträge. 6. Finanzierungsfragen. 7. Verschiedenes.

Die Ortsgruppen werden aufgefordert, sofort Stellung zu nehmen. Keine Gruppe darf fehlen.

Bezirksarbeitsausschuß Wasserkante.

Weißenfels.

Sonntag, den 21. August 1927,

Bezirkskonferenz der AAU.

im Pichelsteiner Krug, Naumburger Straße.

München.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft. Auskunft erteilen die Zeitungsobleute der AAU. und KAP.

Nürnberg.

Abonnementsannahme: Kommunistische Arbeiter-Zeitung (monatlich 1,20 Mk.). Kampfruf (monatlich 0,60 Mk.), Proletarier (monatlich 0,50 Mk.), Entschiedene Linke (monatlich 0,20 Mk.), Rote Jugend (monatlich 0,10 Mk.). Der Erwerbslose (monatlich 0,05 Mk.) bei L. Hierer, Eberhardshofstr. 18.

Groß-Berlin

Achtung! 17. Bezirk, Lichtenberg.

Am **Freitag, den 12. August,** abends 8 Uhr, pünktlich, **Mitgliederversammlung** im Lokal Bartsch, Neue Bahnhofstr. 20. Vortrag über: Unsere Stellung zum Parlamentarismus.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula
Nenkölln. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Gute empfehlenswerte Bücher:

Elementarbücher.

Marx-Engels. Kommunistisches Manifest	—.70 Mk.
Ferdinand Lassalle. Ueber Verfassungswesen	—.70 Mk.
— Arbeiterprogramm	—.60 Mk.
F. Engels - K. Radek. Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat	—.70 Mk.
N. Lenin. Staat und Revolution	1.20 Mk.
— Die Kinderkrankheit des Kommunismus	1.20 Mk.
Franz Diederich. Von unten auf 2 Bände. äußerst preiswert	12.— Mk.
Heinrich Heine. Buch der Lieder	1.— Mk.
Shakespeares gesamte Werke 6 Bde. nur	15.— Mk.
F. M. Dostojewski. Die Teufel 3 Bde.	5.— Mk.
— Politische Schriften	2.50 Mk.
— Onkelchen Traim	1.50 Mk.
— Arme Leute	1.— Mk.
Emile Zola. Nana	1.50 Mk.
Jack London. Die eiserne Perse	2.50 Mk.
Johann Ferch. Die nicht Mütter werden dürfen	3.— Mk.
Maxim Gorki. Das Werk der Artamonows brosch.	2.50 Mk.
geb.	5.— Mk.

Lausitzer Platz 13.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36,

Bestell-Zettel!

Ich bitte hiermit um 2 malige kostenlose Probezustellung der

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 16, Lausitzer Platz 13 zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

8. Jahrg. Nr 62

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

August 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Rolle der Sinowjew-Trotzki-Opposition

Der „Kampf" der russischen Opposition gegen die Stalin-Regierung ist auf dem kürzlich tagenden Plenum des Ekki „stabilisiert" worden. Diese „Stabilisierung" ist in einer Erklärung dieser „Opposition" formuliert, die wir hier folgen lassen:

Moskau, 11. August. (Telegramm der „Inprekorr".) Die Erklärung der Opposition auf dem Vereinigten Plenum des ZK. und der ZKK. der KPSU., unterzeichnet von den Genossen Awdejew, Bakajew, Jewdokimow, Sinowjew, Kamenew, Lisdin, Muralow, Peterson, Piatakow, Rakowski, Smilga, Solowjew und Trotzki besagt:

Zur ersten Frage: Wir sind unbedingt und vorbehaltlos für die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes gegen den Imperialismus. Wir sind selbstverständlich unbedingt und vorbehaltlos **für die Verteidigung der Sowjetunion unter Beibehaltung des jetzigen Zentralkomitees der Partei und der jetzigen Leitung des Exekutivkomitees** der Kommunistischen Internationale. Wenn der bekannte Passus über Clemenceau in dem Briefe Trotzkis jemandem Veranlassung geben konnte zu einer offensichtlich falschen Auslegung dieses Vergleiches im Sinne des Kampfes um die Macht, durch Ausnutzung der Kriegsschwierigkeiten zu diesem Zwecke, so weisen wir entschieden eine derartige Auslegung zurück. Zugleich halten wir unsere Ueberzeugung aufrecht, daß die Partei auch während des Krieges nicht auf die Kritik und auf die Verbesserung der Linie des Zentralkomitees, falls sie unrichtig sein wird, verzichten kann.

In unserem Resolutionsentwurf zur internationalen Lage stellten wir u. a. folgende Losungen auf: Niederlage aller bürgerlichen Staaten, die gegen die Sowjetunion Krieg führen — jeder ehrliche Proletarier in den kapitalistischen Ländern muß aktiv auf die Niederlage seiner Regierung hinarbeiten. Uebergang zur Roten Armee eines jeden ausländischen Soldaten, der nicht gewillt ist, den Sklavenhaltern „seines" Landes zu helfen; **die Sowjetunion ist das Vaterland aller Werktätigen (!!),** wir sind für die Verteidigung, weil dem 7. November 1917; unser „vaterländischer" (Lenin) Krieg wird ein Krieg „für die Sowjetrepublik als Trupp der Weltarmee des Sozialismus" sein; unser „vaterländischer" Krieg ist „nicht der Weg zum bürgerlichen Staat, sondern der Weg zur internationalen sozialistischen Revolution" (Lenin); **die Sowjetunion, der Vaterländer der Sowjetunion ist, der ist unbedingt ein Verräter an dem internationalen Proletariat.** (!! R. d. „KAZ.")

Zur Frage des Thermidorianismus sagen wir: **In Lande wachsen Elemente des Thermidorianismus heran, die eine zeitgemäß erneute soziale Basis haben.** Wir bezweifeln nicht, daß die Partei und das Proletariat der Sowjetunion bei leninistischer und innerparteilicher Demokratie diese Kräfte überwinden werden. Was wir verlangen, ist, daß die Parteiführung diesen Erscheinungen und ihrem Einfluß auf gewisse Glieder der Partei systematischeren Kampf entgegensetzt. **Wir behaupten aber nicht, daß unsere bolschewistische Partei, ihr ZK. und ZKK. thermidoristisch sind.**

Zur zweiten Frage: Wir geben es zu, daß der kommunistischen Bewegung in Deutschland direkte Spaltung und die Bildung zweier Parteien droht. Indem wir uns den Beschlüssen der Komintern über die Unzulässigkeit organisatorischer Beziehungen zur ausgeschlossenen Gruppe Urbahns-Maslow fügen, beantragen wir nachdrücklich, und wir werden uns in Briefen dafür einsetzen, die Revision der Entschließung über die Ausschlüsse, im Hinblick darauf, daß unter den Ausgeschlossenen sich Hunderte aller revolutionärer Arbeiter befinden, die mit den Arbeitermassen eng verknüpft, dem Werk Lenins treu ergeben und bereit sind, die Sowjetunion aufrichtig und bis zum Aeußersten zu verteidigen. Die Schaffung einer neuen Partei in Deutschland würde eine enorme Gefahr herbeiführen. Wir schlagen vor, daß das ZK. der KPSU. folgende Maßnahmen durch das EKKI. zur Abwendung dieser Gefahr durchführe: **Unter der Bedingung der Einstellung des Organs der Gruppe Urbahns und der Unterordnung der Gruppe Urbahns unter alle Beschlüsse der Komintern-Kongresse Wiedereinsetzung in die Komintern-Mitgliedschaft unter Bedingungen annehmbarer bei Garantie der Möglichkeit, ihre Anschauungen in der Parteipresse und überhaupt in den Reihen der Partei und der Komintern zu verfechten.**

Zur dritten Frage: Wir verurteilen entschieden jegliche Versuche zur Schaffung einer zweiten Partei in der Sowjetunion. Den Weg zu einer zweiten Partei in der Sowjetunion halten wir für unbedingt verderblich für die Revolution. **Wir werden mit allen Kräften und mit allen Mitteln** jegliche **Versuche, zwei Parteien zu schaffen, bekämpfen. Deshalb entschieden und konsequent verurteilen wir die Sozialmassenpolitik. Wir werden alle Beschlüsse der Kommunistischen Partei und ihres Zentralkomitees erfüllen. Wir sind bereit, alles zur Verhinderung aller Fraktionselemente zu tun, die sich als eine Folge dessen gebildet haben, daß wir angesichts des innerparteilichen Regimes gezwungen waren, der Partei unsere wirklichen Anschauungen, die in der im ganzen Lande geschenen Presse falsch wiedergegeben worden sind, mitzuteilen."**

Diese Erklärung, die dem aufmerksamen Beobachter nicht überraschend kommt, trägt zweifellos zur Klärung innerhalb der Oppositionsgruppen der einzelnen Sektionen wesentlich bei. Die Scholem-Urbahns-Korsch-Fraktionen haben bis heute ihre Agitation bestritten von dem Glorienschein der ehemaligen Heiligen der russischen bolschewistischen Partei. Deren wenn auch schon stark ramponierte Autorität genügte ihnen vollkommen, ihren „orthodoxen Marxismus-Leninismus" schmackhaft zu machen, der doch nur darin bestand, an die Stelle Stalins einen anderen größeren Mann zu setzen, der die soziale Basis, auf der die dem Proletariat feindlichen Klassenkräfte aufwachsen, beschwört oder gar weghext, und so im Reiche der „reinen Vernunft" das Sozialismus aufbaut. **Deswegen** hat diese „Opposition" sich in jeder Frage schützend vor die Stalin-Regierung gestellt, die diese kompromittieren könnte. In der Granatenaffäre, als auch in der Verteidigung einer Regierung, die nach ihren eigenen Behauptungen einen arbeiterfeindlichen Kurs steuert. Der tiefe Grund für diese „Politik" ist der, sich den Weg nicht zu versperren für die Durchführung **derselben Politik!** Man darf nicht die Wahrheit über Rußland aussprechen, wenn man darauf spekuliert, die Posten des „Gegners" unter denselben Bedingungen zu übernehmen und den Kurs fortzusetzen, der unter den vorhandenen Umständen eben nur der Kurs von gestern sein kann.

Die Trotzky, Sinowjew und Konsorten jedoch sind nicht gewillt, Rücksicht zu nehmen auf jene, die ihnen bereitwillig die Steigbügel hielten. Ihr Kampf ist kein Kampf um die Posten in der deutschen oder sonstigen Partei, sondern in der russischen. Ihre Politik wird nur von diesem Gesichtspunkt bestimmt. Wenn der Kampf um ihre Position durch ein paar kräftige Fußtritte gegen ihre „Freunde" erleichtert wird, tun sie dies ohne die geringsten Bedenken. Es lebe „die Verteidigung der Sowjetunion unter Beibehaltung des jetzigen Zentralkomitees der Partei und des **jetzigen** Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale". Es lebe also, um in der Terminologie der Maslow-Jesuiten zu plaudern, die Beibehaltung der „Niederlagenführung". Wir zweifeln nicht daran, daß die KPD. alle Proleten wieder aufnehmen wird, wenn sie in diesen Ruf einstimmen werden! Noch dazu, wo als Bedingung steht die Einstellung des eigenen Organs. Da die Trotzky und Konsorten alles zu tun bereit sind „zur Vernichtung aller Fraktionselemente", verpflichten sie sich schon heute offen zum Kampf gegen die Ruthenen und Korschisten, die ja durch ein eigenes Organ und durch eigenes Auftreten „die Tendenz" verfolgen, eine zweite Partei zu schaffen.

Die Urbahns-Fischer, die ihre Politik auf versteinerten Ideologien, nicht auf Realitäten fundierten, hängen nach diesem Schlage vollkommen in der Luft. Der Moor hat seine Schuldigkeit getan. Diese Schuldigkeit bestand auch darin, dem deutschen Proletariat zu verschweigen, daß die russischen revolutionären Arbeiter das Spiel der Trotzki-Sinowjew längst durchschauten und, wie wir an anderer Stelle zeigten, längst von ihnen abrückten.

Das revolutionäre Proletariat kann von der Heilmethode dieser „Opposition" nicht überrascht werden. Es weiß, daß die Stalin-Regierung diese „Opposition", wäre sie nicht vorhanden, künstlich schaffen müßte, damit diese der Stalin-Regierung und ihrem Kulakenvaterland die Massen zutreibt. Die „zentralen Figuren" der russischen Regierung, die Kulaken und russische Bourgeoisie, werden auch den russischen Arbeitern lehren, daß ihr Vaterland nicht dort ist, wo sie mit ihren Ausbeutern in verlogener Gleichheit sitzen, sondern daß das Vaterland des Weltproletariats nur im Kampfe gegen jede Ausbeutung geschaffen werden kann. Genau so, wie die Proletarier der KPD. aus diesem Beispiel der russischen „Opposition" und ihrer deutschen betrogenen Handlanger erkennen müssen, daß ihr Kampf um ihre Befreiung ein Kampf gegen Amsterdam und Moskau ist, genau so werden auch die russischen revolutionären Proletarier den Kampf gegen die Stalin-Regierung aufnehmen und ihn als einen Teil des internationalen Kampfes des Weltproletariats führen bis zum endgültigen Triumph. Das ist der Weg der KAPD.!

Vorwärts im Geiste Liebknechts und Luxemburgs

Die Kommunistische Arbeiter-Partei befindet sich in einem wichtigen Abschnitt ihrer Geschichte. Im grundsätzlichen Kampfe gegen den Sozialdemokratismus jeglicher Schattierung trat an sie nach jahrelanger beklemmender Isolierung die Aufgabe heran, die Krise der dritten Internationale auch in ein Stück bleibenden Gewinn für die Organisation der proletarischen Revolution umzumünzen. Das Ringen um die Seele der entschieden linken KPD.-Arbeiter wurde zum Prüfstein, an dem sich nach sechs Jahren zum erstenmal wieder die Anziehungskraft des KAP.-Geistes praktisch erweisen sollte. Die KAP. hat diese Feuerprobe bestanden. Das kann heute festgestellt werden, ohne in trunkenen Optimismus zu verfallen. Die Liquidation der Gruppe Entschiedene Linke, d. h. die Vereinigung ihrer Mitglieder mit den Genossen der AAU. und KAP., befindet sich im letzten Stadium. Dieses Aufgehen der EL.-Genossen in einer höheren Einheit ist natürlich nicht das Werk eines Uebereinkommens zwischen großen Führern hüben und drüben oder gar das unrühige Produkt eines listigen Schachers zwischen etlichen Intriganten, sondern das Resultat eines politischen Klärungsprozesses. Daß dem so ist, beweist gerade die Tatsache, daß manche EL.-Mitglieder ihre Entscheidung noch nicht getroffen haben. Dessenungeachtet aber wird die KAP. den Liquidierungsprozeß der EL. schnellstens beenden und damit auch alle zurückgebliebenen Schlacken dieser Assimilierung wegräumen müssen, um mit den gewonnenen Kräften an neue Aufgaben herangehen zu können.

Vorwärts im Geiste Liebknechts und Luxemburgs war die Parole, mit welcher die EL.-Gruppe den Kampf gegen die Moskauer Ekkiheiligen aufnahm. Wenn aber diese Losung mehr sein soll als eine Phrase, welche KPD. und RFB. täglich im Munde führen, dann gilt es zu erkennen, daß der Kampf Liebknecht-Luxemburgs nicht das Ende, sondern erst der Anfang einer Entwicklung war, die noch den Stempel der Zweideutigkeit trug. Denn Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden mitten im Kampfe gegen den Reformismus niedergestreckt, ohne aus dem Sozialdemokratismus die letzten politischen und organisatorischen Konsequenzen für den modernen Klassenkampf des Proletariats ziehen zu können. Ihre meisterhafte Kritik der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Politik war noch zu sehr nur Negation, als daß sie das Fundament für den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung sein konnte. Und dies um so mehr, da der Uebergang von reformistischer Instanzenpolitik zur revolutionären Massenaktion vor allem ein Resultat des akuten Klassenkampfes selbst ist.

Erst nach dem Tode Liebknecht-Luxemburgs konnten die Proletarier der späteren KAP. aus den Schlachten mit der sozialdemokratischen Konterrevolution die letzten revolutionären Schlüsse ziehen und den Kampf der gemeuchelten Spartakusführer auf höherer Stufenleiter fortsetzen. Daß diese teuer erkauften Kampferfahrungen aus dem Niedergang der ersten revolutionären Welle für die zukünftigen Entscheidungsschlachten des Proletariats gerettet wurden, ist allein das historische Verdienst der KAP. Denn nur die KAP. hat den verhängnisvollen Widerspruch zwischen reformistischer Politik und modernem Klassenkampf gelöst, indem sie gegen den konterrevolutionären Einfluß des bürgerlichen Parlamentarismus und des gewerkschaftlichen Zunftwesens die Waffe des proletarischen Antiparlamentarismus und der revolutionären Betriebsorganisationen schmiedete. Um nicht nur negative, sondern positive Kritik an den Methoden des Sozialdemokratismus üben zu können, unterzog die KAP. die reformistischen Waffen des proletarischen Klassenkampfes einer marxistischen Kritik und gab dadurch der Arbeiterschaft ein Beispiel, wie im Gei